

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2016



Stasi an Bord!

Jahrhundert der Lager

Geheimdienstakten im Abitur

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Taschenkalender erschienen
Deutsche Freiheitsgeschichte
Verstoß gegen Versammlungsrecht
Aufklärung weiter notwendig
Neue Ausstellung

Recht

- 4 Stasi an Bord!

International

- 5 Flucht aus Nord-Korea hält an
„Kuba braucht Fariñas lebend“

Thema

- 6 Jahrhundert der Lager und Extreme

Dokumentiert

- 10 Zwangsadoptionen in der DDR
- 11 „Mauern. Gitter. Stacheldraht“

Berichte

- 12 Geheimdienstakten im Abitur
- 13 Diagnose: Mangelnde Kompetenz
- 14 Erinnerung an Leid und Tod
Ohne Haß gemeinsam trauern

Verbände

- 15 Geburtstagsüberraschung
Suchanzeige
Einladung
Kaßberg-Ausstellung
- 16 Der Dunkle Ort
Veranstaltung
Ausgezeichnet
Abschied

Service/Bücher

- 17 Einweisung in die „Tripperburg“
- 18 Im Schatten des Kalten Krieges
Bulgarien unter dem Kommunismus

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild

„SED-Bombe – Tripperburg – DDR“ heißt das Bild des ehemaligen Fluchthelfers, politischen Häftlings der DDR und Künstlers Gino Kuhn. Es bezieht sich auf das Prinzip „Disziplinierung durch Medizin“, das nach neueren Forschungen (s. S. 17) in der gesamten DDR Methode hatte. Mädchen und Frauen sollten per Zwangseinweisung in venerologische Stationen im sozialistischen Sinne umerzogen werden.

Foto: Gino Kuhn

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser, braucht Deutschland ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus?

Die Frage ist berechtigt, wie jede Frage, die bei Errichtung eines Mahnmals einer Begründung bedarf. Bei der Diskussion um das Für und Wider eines Mahnmals für die Opfer des Kommunismus gibt es Interesse, Gleichgültigkeit und Ablehnung gleichermaßen. Dem Bundestag ist dafür zu danken, daß er in einer Grundsatzentscheidung ein klares Ja für ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus beschlossen hat. Nun steht es aber noch nicht, so daß die eigentliche Arbeit erst bevorsteht.

Für die UOKG und ihre Mitgliedsverbände, aber auch für die einzelnen Opfer des Kommunismus, oder konkreter, die Opfer der SED-Diktatur, gibt es an der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit eines solchen Mahnmals keinen Zweifel. Die Opfergruppen sind vielfältig, weil die kommunistische Diktatur in alle Lebensbereiche der Menschen in der ehemaligen DDR hineingewirkt hat. Deshalb geht es eben nicht nur um eine Viertel Million politischer Häftlinge in der DDR, es geht nicht nur um die Toten an Mauer und Stacheldraht und es geht nicht nur um die, die um ihr Eigentum gebracht wurden, es geht auch nicht nur um die Kinder, die im Rahmen politisch motivierter Adoptionen ihren Müttern entrisen wurden.

Es geht auch um die vielen Menschen, die in ihrer beruflichen Entwicklung zurückgeworfen wurden, es geht um die vielen Menschen, die als Künstler, als Schriftsteller, als Musiker arbeiten wollten und es nicht konnten, weil sie nicht der so-

zialistischen Ideologie entsprachen. Und viele weitere wären zu nennen.

Bei denen, die Opfer des kommunistischen Strafrechts geworden sind, hat die Demokratie durch ordentliche Gerichte die Urteile als rechtsstaatswidrig bezeichnet. Damit hat der Rechtsstaat das Recht wieder hergestellt. Doch hat er das wirklich?

Juristisch ist ein Urteil aufgehoben worden. Aber das gefühlte Unrecht, das durch das große Schweigen in der Gesellschaft – teilweise unter Mitwirkung des „Kollektivs“ – den Opfern angetan wurde, bleibt. Und für all jene Menschen, die Unrecht ertragen mußten, daß heute nicht mit staatlichen Maßnahmen auszugleichen versucht werden kann, ist es wichtig, einen Ort zu haben, an dem auch des Unrechts, das sie erlitten haben, gedacht werden kann. Es geht mir dabei um den Begriff „gesellschaftliche Rehabilitierung“.

Gab es früher in der DDR teilweise die gesellschaftliche Ächtung und Ausgrenzung, so brauchen wir heute – mehr denn je – ein Zeichen, daß die gesamte Gesellschaft sich mit betroffen fühlt von dem Unrecht, das manchen ihrer Mitglieder damals angetan wurde.

Darum gibt es gute und wichtige Gründe, weiter darauf zu drängen, daß der vielen, vielen Opfer der kommunistischen und der SED-Diktatur an einem öffentlichen Ort ehrenvoll gedacht wird.

Ihr Dieter Dombrowski
UOKG-Bundesvorsitzender

Taschenkalender „Erinnerung als Auftrag 2017“ erschienen

Der neue Taschenkalender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für das Jahr 2017 ist erschienen. Anlässlich des 100. Jahrestages der russischen „Oktoberrevolution“ ist der praktische Kalender zugleich eine Chronik des Kommunismus seit 1917.

Er illustriert, wie die Durchsetzung der kommunistischen Herrschaft in den betroffenen Ländern durch politischen Terror, brutale Gewalt, Verfolgungen und Leid begleitet wurde. In der weiteren Geschichte der realsozialistischen Staaten wurden Freiheitsbewegungen und Volksaufstände immer wieder niedergeschlagen und Opposition unterdrückt. Auch nach dem Zusammenbruch der sowjetisch geprägten Herrschaftssysteme in Mittel- und Osteuropa 1989/90 und dem Ende der UdSSR im

Jahr 1991 prägen die Erfahrungen mit dem Kommunismus die Welt bis heute, in einigen Ländern hat er gar als Staatsdoktrin überdauert.

Die ersten 50 Leserinnen und Leser des „Stacheldrahts“, die sich mit Nennung des Stichwortes „Stacheldraht“ unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 bei der Bundesstiftung Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender kostenlos zugeschickt.

Weitere Exemplare des Taschenkalenders können gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro bei der Bundesstiftung Aufarbeitung – Taschenkalender 2017 – Kronenstraße 5, 10117 Berlin bestellt werden.

Information der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Aufklärung weiter notwendig

Anlässlich des 26. Jahrestages der Deutschen Einheit erklärte der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski: „Mit der friedlichen Revolution von 1989 begann der Weg zu einem friedlichen und wiedervereinigten Deutschland. Am Tag der Deutschen Einheit muß der Gedanke an das mutige Engagement zahlreicher Menschen im Vordergrund stehen, die friedlich für ein vereinigtes Deutschland gekämpft haben. Wir haben an diesem Tage auch der zahlreichen und unschuldigen Menschen zu gedenken, die durch Schießbefehl, Stacheldraht und Minenfeld ihr Leben lassen mußten.“

In einem vereinigten Deutschland darf es nie wieder passieren, daß durch eine Mauer und ein Regime Ost und West, Familien und Freunde voneinander getrennt werden. Gleichwohl muß uns am Tag der Deutschen Einheit auch bewußt sein, daß die Aufarbeitung der SED-Diktatur noch nicht abgeschlossen ist, sondern weiter Unrechtmäßiges aufgeklärt werden muß.“

Es müsse ein Auftrag sein, gerade in solchen stürmischen Zeiten wie heutzutage, der jüngeren Generation durch Aufklärung zu zeigen, was es bedeute, unter einer Diktatur zu leben, was es bedeute, keine Meinungsfreiheit zu haben und seine Menschenrechte nicht wahrnehmen zu können. Eine Diktatur wie das SED-Regime dürfe nie wieder Bestand in unserem Lande haben.

Deutsche Freiheitsgeschichte

(rhg) Anlässlich des Jahrestages der Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig hat Bundespräsident Joachim Gauck am 9. Oktober dieses Jahres die Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ der Robert-Havemann-Gesellschaft in Berlin besucht. Er sagte: „Bei der Friedlichen Revolution 1989

handelt es sich um eines der ganz großen Daten der deutschen Freiheitsgeschichte. Deshalb muß das, was eine Minderheit der Deutschen im Osten geleistet hat, ins ständige Bewußtsein der gesamten Nation gerückt werden. Wir können stolz darauf sein, was damals gelungen ist, trotz all der Ängste.“

Verstoß gegen Versammlungsrecht

(hohö) Der Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, hat Strafanzeige gegen unbekannt wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz bei den Feiern zum Tag der Deutschen Einheit in Dresden erstattet. In der Anzeige wird darauf verwiesen, daß eine größere Gruppe von Menschen im Blauhemd der ehemaligen DDR-Jugendorganisation „FDJ“ demonstriert hätte. „Das uniformierte Auftreten stellt einen schwerwiegenden Verstoß gegen eine zentrale Bestimmung in § 3 Absatz 1 des Versammlungsrechts dar“, heißt es in der Anzeige, die an die Staatsanwaltschaft Dresden gerichtet ist. Danach ist es in Deutschland verboten, öffentlich oder in einer Versammlung Uniformen, Uniformteile oder gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen.

Nach Protesten gegen die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Dres-

den wird derzeit in 79 Fällen ermittelt. Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft Dresden geht es dabei bislang vor allem um Delikte wie Körperverletzung, Sachbeschädigung und Beleidigung sowie um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und das Waffengesetz.

Knabe erklärte zu den Vorgängen: „Es ist traurig, daß die Feiern zum Tag der Deutschen Einheit von Protesten von Rechts und Links überschattet wurden.“

Während die rechtspopulistischen Proteste gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel und andere Politiker bundesweit Aufsehen erregt haben, ist der Aufmarsch von uniformierten Anhängern der FDJ in den Medien allerdings weitgehend unbeachtet geblieben. Bei Rechtsbrüchen muß die Staatsanwaltschaft jedoch aktiv werden, egal aus welchem politischen Spektrum diese kommen.“

Neue Ausstellung

(bsta) 2017 jährt sich die Oktoberrevolution zum 100. Mal. Aus diesem Anlaß stellen die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und das Deutsche Historische Museum Berlin ab März 2017 die Ausstellung „Der Kommunismus in seinem Zeitalter“ für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit zur Verfügung.

Die Ausstellung umfaßt 25 Tafeln und ist als Poster-Set im Format DIN A1 zu erwerben. Sie kann ab sofort zum Subskriptionspreis von 25,- Euro vorbestellt werden. Ab 15. November beträgt die Schutzgebühr 30,- Euro, jeweils zuzüglich Versandkosten. Die Rechnungsstellung erfolgt mit Auslieferung Anfang März 2017. Ausführliche Informationen zur Ausstellung sowie ein Online-Bestellformular gibt es unter: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/k-ausstellung

Stasi an Bord!

Zum Entzug des Seefahrtbuches in der DDR

Seefahrer war einer der wenigen Berufe in der DDR, in dem es „normalen“ Bürgern möglich war, die Welt zu bereisen. So war der Besitz eines Seefahrtbuches sehr begehrt. Die Bewilligung war mit besonderen Hürden verbunden, so daß von allen Bewerbern am Ende immer nur rund ein Viertel dieses Buch erhielt. Alle Bewerber wurden genauestens überprüft und mußten sich einer umfangreichen Befragung unterziehen, in der u.a. jeg-

Familienmitgliedern waren unerwünscht und konnten das Ende des seeseitigen Einsatzes bedeuten. Der Grund für den Entzug wurde den Betroffenen in einigen Fällen erst gar nicht mitgeteilt. Man war einfach raus.

Folglich standen die Seeleute unter besonderer Überwachung. So gab es in jeder Mannschaft einen Politoffizier, der auf staatsfeindliche Äußerungen achtete; darüber hinaus aber auch immer noch IMs, die über jeden einzelnen detaillierte Berichte verfaßten. Der Entzug lag in der Hand der sogenannten Kontroll- und Beratungsgruppe (KBG). Deren Beschluß war final und konnte nicht angegriffen werden. In den Jahren 1977 bis 1988 wurde z.B. 1555 Seeleuten das Seefahrtbuch entzogen.

Nach dem Umbruch 1989 bemühte sich das Fischkombinat, jene Seeleute, denen das Seefahrtbuch zu Unrecht, also aus politischen Gründen entzogen worden war, mit einigen Tausend D-Mark für die Lohneinbußen zu entschädigen. Dabei wurden die Akten der KBG herangezogen. Diejenigen, deren Entzug auf nicht haltbaren Gründen basierte, wurden entschädigt. Nach dieser betrieblichen Entschädigung wurden die Akten vernichtet. Betriebliche Entschädigung heißt aber nicht automatisch berufliche Rehabilitation nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz.

Dieses Problem hatte auch Erwin Eppler. Er war Technischer Offizier bei der DDR-Fischfangflotte und fuhr seit 1964 zur See. Dabei reiste er durch die Welt und verdiente für DDR-Verhältnisse sehr gut. Doch 1983 wurde ihm urplötzlich das Seefahrtbuch ohne jegliche Begründung entzogen. Alle Mühen, gegen den Entzug vorzugehen, wurden im Keim erstickt, indem man ihm deutlich zu verstehen gab, er solle von jeglichen Beschwerden Abstand nehmen. Erwin Eppler, dem dreifachen Familienvater, blieb nichts anderes übrig, als sich einen neuen Arbeitgeber zu suchen. Und so arbeitete er fortan als Maschinist in einem Kühlhaus an Land, für gerade einmal ein Drittel des vorherigen Verdienstes.

Eppler wollte sich mit dem zu Unrecht erlittenen Berufsverbot nicht abfinden und stellte 1994 daher einen Antrag auf berufliche Rehabilitation beim zuständigen

Amt in Schwerin. 1997 kam die Ablehnung, er habe den Entzug aus politischen Gründen nicht glaubhaft gemacht. Akten, die für politische Verfolgung sprächen, lägen nicht vor. Reine Vermutungen reichten für eine positive Bewertung nicht aus. Dem schloß sich zwei Jahre später auch das für die erhobene Klage zuständige Gericht in Schwerin an.

Im Herbst 2009 wagte Erwin Eppler einen erneuten Versuch, nachdem er feststellte, daß mit dem erteilten Berufsverbot erhebliche Renteneinbußen einher gingen und er Zeugen benennen konnte, die bestätigten, daß der Entzug des Seefahrtbuches in der Regel aus politischen Gründen erfolgte und die oben angesprochene betriebliche Entschädigung auch nur diesen Personen gewährt wurde. Eppler war eine der Personen, die eine Entschädigung vom Fischkombinat erhalten hatten.

Im Dezember 2013 dann das Urteil. Die Klage wurde abgewiesen. Auch wenn die Zeugen bestätigten, daß seinerzeit im Fischkombinat eine Entschädigung im Kulanzwege nur bei vorliegenden politischen Gründen gezahlt worden sei, handle es sich dabei nur um eine allgemeine Aussage. Niemand könne Erwin Epplers Fall konkret zuordnen. Die von den Zeugen genannten politischen Gründe, die auf ihn zutreffen könnten, seien nur Vermutungen.

Das Gericht führte abschließend aus, daß die Beurteilung der politischen Verfolgung oder der Willkür allein dem Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern (die Beklagte) als zuständige Rehabilitierungsbehörde vorbehalten sei und nicht durch die Angaben anderer Stellen ersetzt werden könne, daß stets politische Gründe vorgelegen hätten, ohne auch nur ansatzweise angeben zu können, welche konkreten Umstände denn im Falle Eppler für die hoheitliche Maßnahme ursächlich waren.

An diesem Beispiel wird zum einen erkennbar, wie willkürlich die Entscheidungen des Kombinats über den Entzug des Seefahrtbuches waren und wie unsicher sich die Situation für die jeweils Betroffenen gestaltete. Es ist aber leider auch ein weiteres Beispiel unter vielen, an dem deutlich wird, daß die heutigen Gerichte sich oftmals viel zu stark an die DDR-Akten klammern, anstatt sich an der Lebenswirklichkeit in der DDR zu orientieren. Eine opferfreundliche Rechtsprechung sieht anders aus.

Benjamin Baumgart, Jurist



Skulptur „Fischer im Gespräch“ vor dem ehemaligen „Haus der Hochseefischer“ in Rostock.

liche Kontakte in den Westen abgefragt wurden. Auf diese Weise wollte man von Anfang an verhindern, daß es zu „Überläufen“ kommt. Den Verlust von Teilen der Mannschaft konnte man sich nicht erlauben, obwohl das dennoch durchaus manchmal vorkam.

So schwierig es war, dieses Seefahrtbuch zu bekommen, so schnell konnte man es auch wieder loswerden. Neben fachlichen Mängeln oder auch intimen Gründen waren es insbesondere kaderpolitische oder sicherheitspolitische Gründe, die zu einem Entzug führten. In erster Linie wurden Kontakte in die Bundesrepublik oder generell in das kapitalistische Ausland angegeben. Dabei mußte es sich nicht einmal um die Kontakte des Betroffenen selbst handeln, auch Verbindungen von

Flucht aus Nord-Korea hält an

Der seit zwei Jahren zu beobachtende Exodus führender Funktionäre der Staatspartei, des Militärs und sogar des Geheimdienstes der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ hält unvermindert an. Es müßte eigentlich selbst dem Diktator Kim Jong-un zu denken geben, daß der kürzlich mit Hilfe des britischen Spionagedienstes MI 6 geflohene Gesandte seiner Botschaft in London aus einer Familie stammt, die im Zweiten Weltkrieg zusammen mit Kim Il-sung im Partisanenkrieg gegen die Japaner kämpfte und seitdem mehr als linientreu zum nordkoreanischen Regimes stand. Als Motiv seiner Flucht gab der Diplomat die Verlogenheit des Systems und seine Sehnsucht nach einem freien Leben an.

Die bisherigen Gerüchte, der Vize-Premier der koreanischen Volksrepublik, Kim Yong-jin, sei als „anti-revolutionäres Element“ hingerichtet worden, wurden Anfang September durch eine offizielle Erklärung des US-State Departments Ost-Asien und Pazifik-Fragen bestätigt. Die Zahl der seit der Machtübernahme Kim Jong-uns Ende 2011 exekutierten System-Träger stieg nach westlichen Erkenntnissen damit auf nunmehr 195 Personen an.

Anfang August wurde im Norden Koreas das seit 1947 sehr beliebte Lied „Unser Wunsch ist die Wiedervereinigung“, welches fast den Charakter einer Nationalhymne hatte, in „Unser Wunsch ist eine militärische Macht zu werden“ ver-

ändert. Die Medien Pjöngjangs erklärten dazu, „daß die Einheit Koreas keine Sache des Bittens ist, sondern automatisch erreicht wird, wenn die Demokratische Volksrepublik Korea eine Militärmacht via Nuklearwaffen ist.“

Während der ersten sieben Monate dieses Jahres glückte 815 Bewohnern Nord-Koreas die Flucht nach Süd-Korea. Das sind im Vergleich zum gleichen Zeitabschnitt des vergangenen Jahres 15 Prozent mehr. Auffällig erscheint dabei der relativ hohe Anteil von Mitgliedern der sogenannten Mittelklasse und auch der Elite des Regimes.

Ende Juli flohen zwei Angestellte eines nordkoreanischen Restaurants auf Malta. Zugleich bat eine 18jährige Studentin um Asyl, die Angehörige der nordkoreanischen Delegation zu der alljährlichen Internationalen Mathematik-Olympiade der Technischen Universität Hongkongs war. Sie gehörte ebenfalls zur privilegierten Klasse der nordkoreanischen (Staats-)Partei der Arbeiter. Im Gegensatz zu früheren Jahren, als das Motiv der Flüchtenden zu meist aus der schlechten Ernährungslage bestand, ist es jetzt primär die Angst vor der atomaren Aufrüstung ihres Regimes.

Auch andere innenpolitische Vorgänge mögen dazu gehören. So wurde die heute 52 Jahre alte Kim Ok, vierte Ehefrau des Vaters des heutigen Diktators Kim Jong-un im Juli in ein Lager für politische Häftlinge abgeschoben. Sie hatte offen-

bar versucht, auf die derzeitige Politik Pjöngjangs Einfluß zu nehmen. Gerüchte wollen von weiteren Verhaftungen ihrer Angehörigen wissen. Verbürgt ist, daß ihr Vater Kim Hyo, ein hoher Funktionär im Finanzwesen der Staats-Partei, seit zwei Jahren nicht mehr in der politischen Öffentlichkeit Nord-Koreas gesehen wurde. Sein Schicksal läßt sich nur vermuten.

Auch wurde in der Folge der im Sommer 2016 tagenden Obersten Volksversammlung Nord-Koreas das gesamte Macht-system der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ insgeheim verändert. Oberstes Organ des Landes wurde die „Kommission für Staatsangelegenheiten“, zu deren Vorsitzenden die Delegierten einstimmig Kim Jong-un ernannten. Die Vormachtstellung der Kommission gilt gegenüber der Staats-Partei und allen Arten der Streitkräfte, deren Leiter bisher ohnehin Kim-Jong-un war. Nunmehr untersteht ihm auch formell der gesamte Staatsapparat Nord-Koreas. Er ist die allumfassende Führerfigur seines Regimes geworden.

Seouler Aufnahmestellen rechnen in diesem Jahr mit insgesamt 1400 Geflohenen aus Nord-Korea. Wie viele Flüchtlinge von nordkoreanischen Grenzschutzwachen erschossen oder in der Volksrepublik China verhaftet und dann wieder an Pjöngjang ausgeliefert wurden, ist naturgemäß nur schwer einzuschätzen.

Friedrich-Wilhelm Schломann

„Kuba braucht Fariñas lebend“

(igfm) Der kubanische Menschenrechtsverteidiger und Sacharow-Preisträger des Europäischen Parlaments, Guillermo Fariñas, protestiert mit einem trockenen Hungerstreik gegen die Repressionen des Castro-Regimes. Flüssigkeit erhält der Bürgerrechtler nur über Infusionen, wenn er gegen seinen Willen in ein Krankenhaus eingeliefert wird. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) ist sehr besorgt über den Gesundheitszustand von Guillermo Fariñas, der bereits durch zahlreiche vorhergehende Hungerstreiks geschwächt ist, und hat ihn aufgefordert, seinen Hungerstreik zu beenden. Nach Angabe der IGFM leidet Fariñas unter Ohnmachtsanfällen sowie starken Nierenschmerzen, Spezialisten befürchten ein baldiges Nierenversagen. Es besteht Lebensgefahr.

Der Bürgerrechtler Jorge Luis Artiles Montiel, enger Vertrauter und Sprecher von Fariñas, erklärte gegenüber der IGFM, daß sich der Gesundheitszustand des Sacharow-Preisträgers von Tag zu Tag rapide verschlechtert. Solange Fariñas aber bei Bewußtsein sei, könne er nicht in ein Krankenhaus eingeliefert werden, weil er sich dagegen wehre, so Artiles Montiel. Nachdem der Bürgerrechtler im August nach einer Ohnmacht in ein Krankenhaus eingeliefert wurde, erhielt er eine Infusion, wurde noch am selben Tag wieder entlassen und setzte seinen Hungerstreik fort.

Guillero Fariñas trat in den Hungerstreik, um gegen die anhaltenden Repressionen gegen Regimekritiker zu protestieren. In einem offenen Brief an Raúl Castro gab

er an, seinen Hungerstreik erst zu beenden, wenn dieser öffentlich erklärt, daß seine Gegner nicht länger gefoltert, geschlagen, mit dem Tode bedroht und in fingierte Anklagen verwickelt werden. ❏

Archiv-Führungen

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, finden jeden letzten Mittwoch im Monat um 17 Uhr statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 41) 22 47 32 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Jahrhundert der Lager und Extreme

Gedenken, Versöhnung und die Werte europäischer Politik

Von Wolfgang Templin

Jedes Jahr führt der Verein Gedenk- und Begegnungsstätte Ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e.V. eine Veranstaltung durch, die am 23. August, dem Europäischen Gedenktag für die Opfer des Stalinismus und des Nationalsozialismus, an den Hitler-Stalin-Pakt 1939 erinnern soll. Die Gedenkrede zum 77. Jahrestag am 23. August 2016 hielt der Bürgerrechtler und Publizist Wolfgang Templin.

Heute, an einem historisch bedeutsamen Tag, haben wir uns an einem historisch bedeutsamen Ort zusammengefunden, dem zentralen Untersuchungsgefängnis des sowjetischen Militärischen Spionageabwehrdienstes auf dem Territorium der ehemaligen DDR. Der offizielle Name

des Gebäudes, vor dem wir uns befinden, täuscht darüber hinweg, daß es bei den deutschen Inhaftierten dieses Gefängnisses und den später dort inhaftierten sowjetischen Militärangehörigen in der übergroßen Mehrzahl nicht um Spione, Diversanten oder NS-Täter ging. Es ging um Jugendliche und Erwachsene, die wegen vermeintlichen oder tatsächlichen Widerstandes gegen die sowjetische Besatzungsmacht und die mit ihr verbundenen Machtorgane der SBZ und späteren DDR verhaftet, unter unmenschlichen Bedin-

gungen eingesperrt, ohne die Möglichkeit der Verteidigung abgeurteilt wurden. Zu den Delikten, welcher die Verhafteten – häufig durch Denunziation – beschuldigt wurden, gehörte die angebliche Mitgliedschaft im Werwolf, das Schwänzen des obligatorischen Russisch-Unterrichtes, die Verbreitung politischer Witze aber auch die Verteilung von Flugblättern.

Die Urteile gingen bis hin zu Todesstrafen, die zum großen Teil auch vollstreckt wurden, zu langjährigen Haftstrafen oder zur Deportation nach Sibirien. Zu den Gefängnisschicksalen in der Leistikowstraße gibt es bis heute nur eine weithin unzureichende Materialgrundlage und Dokumentation. Die Schicksale an diesem Ort sind ein winziger Ausschnitt aus den Haft- und Leidensgeschichten deutscher Ableger des internationalen Gulag-Systems.

Wir wollen am 77. Jahrestag der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes der Opfer totalitärer Systeme insgesamt gedenken, totalitärer Systeme, deren unheilvolle Entwicklung das Antlitz des letzten Jahrhunderts mitprägte. Eine Zeit, welche als Jahrhundert der Lager, Jahrhundert der Extreme in die Geschichte eingeht.

Menschen aus den Ländern im östlichen Teil Europas, aus Polen, den baltischen



Handschlag Stalins und Ribbentrops nach der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes.

Geheimes Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert. Die Aussprache hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland und Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphäre Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.
2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Pissa, Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden. In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.
3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt.
4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

Moskau, den 23. August 1939
gez. von Ribbentrop gez. W. Molotow

Staaten, der Ukraine, welche die Schrecken des deutschen nationalsozialistischen Überfalls, der nachfolgenden nazistischen Vernichtungsmaschinerie und des Holocaust selbst erlebten oder als Teil ihrer Familiengeschichte mit sich trugen, sahen den 23. August seit Jahrzehnten als frühen Kulminationspunkt der Verbindung nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Terrors.

Sowjetische und deutsche Besetzung, deutsche und sowjetische Besetzung und Okkupation, wie auch immer sich die Reihenfolge gestaltete, löschten ab 1939 die kurze eigene staatliche Souveränität aus, brachten Unterdrückung, Deportationen und Terror. Der militärische Sieg der sowjetischen Truppen über die deutsche Wehrmacht wurde zur Befreiung, der erneute Unterdrückung und Unfreiheit folgten. Neben dem 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung blieb der 23. August 1939, der den Klammergriff der Totalitarismen symbolisierte, im historischen Bewußtsein mittelosteuropäischer Nationen präsent. Die Auseinandersetzung damit und der Protest gegen das Jalta-Systems, welches einen ganzen Teil des europäischen Kontinents unter sowjetische Herrschaft und Kontrolle brachte, trugen Revolten, Aufstände, Dissidenz und Opposition und nicht zuletzt die politische Massenbewegung der polnischen Solidarność.

Sie hielten bis zu den friedlichen Befreiungsrevolutionen des Jahres 1989 an. Die sechshundert Kilometer lange Menschenkette, die am 23. August 1989 die drei baltischen Staaten verband, symbolisierte den ungebrochenen Freiheitswillen unterdrückter Völker.

Nach 1989 rissen die Bemühungen und Initiativen von Menschen aus diesen Ländern nicht ab, den 23. August als Erinnerungsdatum an die dunkelste, jüngste Vergangenheit festzuhalten. Es waren die Jahre, die in die Wahrnehmung, das Bewußtsein vieler Westeuropäer als Osterweiterung der Europäischen Union eingingen. Für den Osteuropa-Historiker Karl Schlögel geht es in dieser Zeit um viel mehr, eine Neukonstituierung Europas.

Die Frage nach dem Stellenwert des 23. Augusts erreichte mit Verzögerung auch die Ebenen des Europarates und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), auf denen um Entschließungen dazu gerungen wurde. Im Jahre 2008 kam es zu einer Forderung des Europäischen Parlaments, den 23. August zum europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime zu erklären. Dem folgte eine „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus“. Im gleichen Jahr, zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes im August 2009, kam es zu einer Erklärung deutscher zivilgesellschaftlicher Akteure, Intellektueller und Politiker, an deren Entstehung ich selbst beteiligt war. Im Titel der Erklärung werden die historischen Entscheidungsjahre 1939 und 1989 miteinander verbunden: „Das Jahr 1989 feiern, heißt auch, sich an 1939 erinnern“.

Wir führen in dieser Erklärung aus:

„Ein freies und demokratisches Europa muß sich seiner Geschichte bewußt sein. Es braucht die Erinnerung an die kommunistische Ära und ihre Überwindung. Ein erster Schritt ist getan. Im April hat sich das Europäische Parlament erstmalig zu dieser Verantwortung bekannt. Dieser Weg ist weiter zu gehen. Europa braucht eine aktive verantwortungsbewußte Erinnerungskultur, die die nachwachsende Generation für neu aufkommende autoritäre und diktatorische Entwicklungen sensibilisiert.“

Trotz des breiten intellektuellen und parteipolitischen Konsenses, den die Unterzeichner der Erklärung ausdrücken, gab

es zahlreiche Stimmen der Warnung und des Protestes gegen diese Positionen und ihre Konsequenzen. Die Anwendung des Totalitarismusbegriffs für grundverschiedene politische Systeme führe zu einer unzulässigen Gleichsetzung, drohe die Unterschiede zwischen ihnen einzuebnen und stelle die Singularität des Holocaust in Frage. Der Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes werde für einen erinnerungspolitischen Deutungskampf mißbraucht. Diese Stimmen sind bis heute präsent, wirken in historische Debatten hinein und durchziehen die Auseinandersetzung um die Gedenkstättenkultur in Deutschland. Abwehr und Widerstände gegen die verschiedenen Formen der Totalitarismustheorie haben ihre eigene lange Geschichte. In den intellektuellen und politischen Diskursen der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft galten der Begriff des Totalitarismus und darauf bezogene Konzepte lange Zeit als Domäne der politischen Rechten, als untaugliche politische Kampfinstrumente gegen die im Grundsatz progressive kommuni-

„Geprägt durch eigene bittere Erfahrungen mit dem Bolschewismus sowjetischer Prägung und dem Nationalsozialismus analysierte Löwenthal diese Ideologien scharfsinnig. Ohne die jeweils andere Diktatur zu bagatellisieren, zu relativieren oder sie miteinander gleichzusetzen, betonte er die besondere Dynamik von Nationalsozialismus und Bolschewismus, die er als totalitäre Revolutionen charakterisierte, um sie fundamental von den demokratischen Entwicklungen im Westen abzugrenzen.“ Die gleichen Lebenserfahrungen machten Löwenthal aber auch die Schwächen und die Angreifbarkeit der liberalen Demokratien des Westens bewußt, zu denen er sich letztlich bekannte.

Der 1908 in Berlin-Charlottenburg geborene Löwenthal entstammte einer bürgerlichen deutsch-jüdischen Familie. Über seine Verwandtschaftsbeziehung zu einer anderen bedeutenden linken Intellektuellen und Totalitarismustheoretikerin, Hannah Arendt, äußert er sich selbst:



Litauen, Teil der längsten Menschenkette der Geschichte am 23. August 1989.

stische Weltbewegung, die sich nur ihrer stalinistischen Schlacken entledigen müsse.

Das Beispiel von Richard Löwenthal, des bedeutenden sozialdemokratischen Politikers, Intellektuellen und Hochschullehrers, kann die Kurzschlüssigkeit solcher Urteile deutlich machen. Eine von dem Zeithistoriker Mike Schmeitzner gestaltete Dokumentation des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung (Heft 96) stellt Leben und Wirken von Richard Löwenthal vor:

„Die Mutter meines Vaters war eine geborene Arendt, eine Schwester des Königsberger Stadtrats dieses Namens, dessen Tochter Hannah Arendt war. Das habe ich erst jetzt, viele Jahre später herausbekommen, nachdem ich sie besser kennengelernt hatte. In der Familie ist offenbar das Interesse am Totalitarismus erblich.“

Als Student an der Berliner Universität wird Löwenthal in den Krisenjahren der Weimarer Republik Mitglied und schnell führender Funktionär der kommunisti-



schen Studentenfraktion. Das Jahr 1929, welches die Moskau-gesteuerte KPD mit einer zentral gegen die SPD gerichteten neuen Generallinie sieht – die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten und damit entscheidende Gegner –, führt zum ersten Bruch. Löwenthal tritt in die gerade gegründete KPD-Opposition ein und wird später Mitglied der Gruppe „Neu Beginnen“. Ab 1935 findet er sich in Prag wieder, im Zentrum der sozialdemokratisch-sozialistischen Emigration.

Schriften aus dieser Zeit zeigen, wie sich sein Totalitarismusbegriff aus der Analyse der nationalsozialistischen Machtergreifung und der Entwicklung des totalen Führerstaates, der Gleichschaltung aller

als Hochschullehrer an der Freien Universität Berlin wird Löwenthal zu einem der einflussreichsten Vordenker der SPD, früher Biograph von Ernst Reuter, Berater von Willy Brandt und Helmut Schmidt.

Längst ist für ihn jede Verklärung und Verteidigung des sowjetischen Gesellschaftsexperiments unmöglich geworden, liegt für ihn der totalitäre Charakter Leninschen Denkens und bolschewistischer Herrschaftspraxis unabweisbar zu Tage. Eine Revolution von unten, die im dauerhaften Machtmonopol einer Partei mündet, für den utopischen Endzustand einer klassenlosen Gesellschaft die physische Ausschaltung aller Klassenfeinde in Kauf nimmt, kann nur als totalitär bestimmt werden.

Löwenthal arbeitet auf dieser Grundlage die Gemeinsamkeiten beider totalitärer Systeme heraus, besteht weiter auf grundlegenden Unterschieden und lehnt, im Gegensatz zu seinem Berliner FU-Kollegen Ernst Nolte, scharf ab, aus der zeitlichen Parallelität der Verbrechen Hitlers und Stalins eine kausale Beziehung zu folgern.

Der Versuch Noltens im „Historikerstreit“, die Untaten Hitlers als Folgereaktion auf die Untaten Stalins zu erklären, erscheint ihm absurd. Noch schärfer lehnt er die Vorstellung ab, Hitlers organisierte Vernichtung von Millionen Juden als eine Art Kopie sowjetischer Massenvernichtung zu betrachten. Hitlers Judenhaß, der nationalsozialistische Welteroberungs- und Vernichtungswahn, haben eigene Wurzeln, die in die Tiefen und Untiefen der deutschen Geschichte zurückreichen. Damit ist auch von der nicht in Frage zu stellenden Singularität des Holocaust auszugehen.

Jürgen Habermas, der über den Historikerstreit von 1988 hinaus skeptisch gegenüber verschiedenen Spielarten der Totalitarismustheorie blieb, vollzog hier eine eigene Entwicklung. In einem vielbeachteten Beitrag für die Enquetekommission des Deutschen Bundestages, die sich der Auseinandersetzung mit der

nächsten Diktatur auf deutschem Boden widmete, sprach er von der Chance und konstitutiven Bedeutung eines antitotalitären Konsenses aller Demokraten.

„Die Europäische Idee. Aus dem Geist des Widerstandes“ lautet der Titel eines im Jahre 2000 erschienen Suhrkamp-Bandes. Der Herausgeber versammelt darin Manifeste, Denkschriften und Konzepte, die in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts zurückreichen, vom Widerstand gegen die nationalsozialistische und kommunistische Bedrohung Zeugnis geben und die Gründerväter der späteren Europäischen Union inspirierten. Neben dem „Nie wieder Krieg“ einer künftigen europäischen Friedensordnung stehen Freiheitsrechte, Werte der Demokratie und sozialer Ausgleich als Fundamente eines Neuanfangs. Anders als bei der verfehlten Nachkriegsordnung von 1918 und konfrontiert mit einer historisch einmaligen deutschen Kriegsschuld und Verbrechenlast, geht es um einen Weg, der den freien Teil Deutschlands in den Kreis der zivilisierten Nationen zurückführt, die Bundesrepublik zum Partner europäischer demokratischer Neugestaltung werden läßt. Ausgleich und Versöhnung markieren hier ein Ziel, daß die realistische Erinnerung, die Erkenntnis und das Eingeständnis eigener Schuld und die darauf bauende Bereitschaft der Vergebung zur Voraussetzung hat.

Ohne die deutsch-französische Aussöhnung und Partnerschaft sind der Aufbau und die Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft und der späteren Europäischen Union nicht vorstellbar. Wir sehen die Gestalten von Konrad Adenauer und Charles De Gaulle, sehen die anderen mit diesem Aufbau- und Versöhnungswerk verbundenen europäischen Gründerväter, Staatsmänner und –frauen, die Jahrestage, Begegnungen und symbolischen Gesten.

Was wir zu oft übersehen, sind die Neugestaltungs- und Versöhnungskräfte von unten, die zahllosen Menschen, die sich der Last der eigenen Vergangenheit stellten, ihre individuellen Konsequenzen zogen und die vorher unübersteigbaren Grenzen überwandten.

Gleichsam im Schatten der deutsch-französischen Annäherung und Versöhnung im freien Teil Europas gab es die immer zahlreicheren Bemühungen und Initiativen für eine künftige deutsch-polnische Versöhnung. Vielen Zeitgenossen und Beteiligten schien diese Aufgabe noch weni-



Foto: OTFW, Berlin

Gedenktafel für Richard Löwenthal in der Berliner Höhnmannstraße.

Teile der deutschen Gesellschaft, bildet. Die zerstörerische Dynamik der nationalsozialistischen Bewegung, ihr Endziel einer total neu geformten, rassistisch vereinheitlichten Volksgemeinschaft, lassen ihn von einer „totalitären Revolution“ sprechen. Bei aller Kritik an den Herrschaftspraktiken und Säuberungsexzessen der Sowjetunion unter Stalin sieht er dort diesen totalitären Charakter nicht und identifiziert sich mit dem Lenin des Jahres 1921, erklärt den grundlegend progressiven Charakter dieses Gesellschaftsexperimentes.

Für Löwenthals endgültige Desillusionierung und spätere theoretische Konsequenz werden das Jahr 1939 und der Schock des Hitler-Stalin-Paktes entscheidend. In die Londoner Emigration gegangen, lernt er dort unter anderem Sebastian Haffner, Isaac Deutscher und George Orwell kennen. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland und der Tätigkeit

ger lösbar. In Polen hatte der nationalsozialistische Terror mit unvorstellbarer Grausamkeit gewütet, hatten die deutschen Architekten der Endlösung Vernichtungslager errichtet. Die polnische Hauptstadt Warschau ließ Adolf Hitler, vom unbezwingbaren Freiheitswillen der Polen im Warschauer Aufstand getroffen, dem Erdboden gleichmachen. Nach dem Krieg mußten Millionen Deutsche dafür mit dem Verlust ihrer Heimat bezahlen.

Freier Austausch und offene Grenzen, die Hilfestellung der Amerikaner beim Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik boten Chancen für Verständigung und Aussöhnung nach Richtung Westen, die der Eiserner Vorhang für das dahinter liegende Polen und andere Länder im sowjetischen Machtbereich mehr oder weniger versperrte. Dennoch gelang es, unter ungleich schwereren Bedingungen, bereits vor 1989 zahlreiche Schritte zu tun. Ich will an dieser Stelle nur die gesamtdeutsch wirkende Aktion Sühnezeichen, die zivile Unterstützung der Solidarność-Bewegung in den achtziger Jahren und den Kniefall Willy Brandts erwähnen. Der Fall des Eisernen Vorhanges, der erfolgreiche Reformweg Polens und der anderen ehemaligen Ostblockstaaten schufen endgültig die Voraussetzung für ein neues Miteinander, das Annäherung und Versöhnung einschloß.

In Deutschland aber zeigte sich, daß Erinnern und Versöhnen nicht auf Verdrängung und verkürzten Schuldzuweisungen aufbauen durften. Dem „Hitler und die Seinen waren es. Wir anderen haben ja auch nur darunter gelitten“ setzten Opfer, Betroffene und zunehmend auch Historiker eine andere Realität entgegen, die schmerzhaft war, die Familien auseinanderbringen konnte und die Scheinruhe der Wirtschaftswunderjahre aufschreckte. Der akademischen Formel von der „heilsamen Kraft des Beschweigens“, stellten sich immer mehr Nachwachsende mit dem Mut zur Wahrheit entgegen. In die junge Bundesrepublik zurückgekehrte Emigranten sahen sich einer gar nicht schweigenden Mehrheit gegenüber und wurden mit dem Vorwurf konfrontiert, den „Terror der Bombennächte“ im bequemen Exil ausgesessen zu haben. Eine Auseinandersetzung, die in der Bundesrepublik Jahrzehnte währte und sie in dieser Zeit zur Demokratie reifen ließ.

Unter ungleich leichteren Bedingungen, aber mit gar nicht so grundverschiedenen Mustern, spielte sich die Auseinandersetzung mit den Folgen der nächsten Diktatur

auf deutschem Boden nach 1989 ab. Viele von Ihnen sind Zeugen und Beteiligte dieser Auseinandersetzung bis zum heutigen Tag.

Andere europäische Nationen, welche die Erinnerung an Fremdbestimmung, Okkupation und eigenen Widerstand hochhielten, sich zu Recht als Kriegssopfer sahen, mußten sich dem Problem der Kollaboration und der Mitschuld an der Vernichtung der europäischen Juden stellen. Die erst in den siebziger Jahren zur Europäischen Union hinzukommenden Länder Griechenland, Spanien und Portugal waren mit ihren zurückliegenden Bürgerkriegen und Militärdiktaturen im Schatten der totalitären Großmächte konfrontiert.

Auf einer noch weiter zurückliegenden aber bis in die Gegenwart reichenden historischen Karte ist die Vergangenheit zahlreicher europäischer Demokratien als Imperien oder Kolonialmächte eingezeichnet. Jede der beteiligten Nationen tat sich mit der Aufarbeitung dieser Vergangenheit schwer, die auch zur Neudefinition der eigenen Rolle und Verantwortung gegenüber diesen Territorien zwingt.

Kämen wir hier nicht im europäischen Krisenjahr 2016 zusammen, könnte ich meine Rede mit viel größerem Optimismus schließen.

Doch Nationalismus, Xenophobie, der Appell an nationale Egoisten und Alleingänge oder der Ruf nach Abschaffung der Europäischen Union werden immer lauter. Werden diese Bedrohungen, wenn sie sich verstärken, Europäerinnen und Europäer auf den Plan rufen, eingedenk der erinnerten Vergangenheit? Werden europäische Institutionen ihre Fähigkeit zu Widerstand und Innovation erweisen, nationale und europäische Politiker Konsequenz und Führungsstärke füreinander und nicht gegeneinander zeigen?

Wladimir Putin versucht, als Herrscher eines neo-imperialen Rußlands, eine Internationale europäischer und außer-europäischer Autokraten und Diktatoren zu schmieden, die in seinen Augen dekadente und zur Gegenwehr unfähige Europäische Union – ihre amerikanischen Verbündeten eingeschlossen – zu schwächen und ihr zunehmend die Regeln seines eigenen Spiels aufzuzwingen. In seinem Gegenmodell werden über die Köpfe von Nachbarn und kleineren Nationen hinweg imperiale Einfluß- und


Herrschaftsgebiete abgesteckt, regiert das Recht des Stärkeren, sind Vereinbarungen und Verträge nicht das Papier wert, auf dem sie stehen. Wem fällt hier nicht die Situation von 1939 ein?

Die Geschichte wiederholt sich nicht, historische Analogien, ob sie das Ende von Weimar, den Zerfall instabiler Demokratien, neue totalitäre Bedrohungen



Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer 1958 in Bonn.

oder Kriegsszenarien betreffen, werden der modernen Realität nicht gerecht. Zu unserer Realität gehört die Existenz der europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Union, die mit der Attraktivität von Freiheit, Demokratie und sozialem Ausgleich entscheidenden Anteil daran hatte, daß die Epochenwende von 1989 zustande kam.

Diese Europäische Union steht vor der größten Herausforderung ihrer bisherigen Geschichte. Sie kann durch Egoismus, Schwäche, falsche Nachgiebigkeit, durch interessenbestimmte Anbiederung an Autokraten und Diktatoren der eigenen Kapitulation zutreiben. Sie kann aber auch zur Entschlossenheit finden, dem Rückfall in imperiale Großmachtspolitik zu widerstehen, die zivilen und politischen Kräfte, die ihre Stärke ausmachen, zu mobilisieren und auf den Spielregeln eines neuen europäischen Miteinanders zu beharren. Dann wird sie auch ein Hoffnungszeichen für all diejenigen bleiben, die jetzt noch ungewiß vor ihren Türen stehen. 

Zwangsadoption in der DDR

Staatliches Mittel zur Durchsetzung des Herrschaftsanspruchs

(m.wedra) Die Veranstaltung der UOKG zum Thema DDR-Zwangsadoptionen am 13. September 2016 in Kooperation mit dem Landesverband der CDU wurde durch einen emotionalen Beitrag von Frank Henkel, Berliner Innensenator, eröffnet. Als Vater eines fast 4-jährigen Sohnes sei es für ihn nur schwer zu begreifen, welchen Schmerz Betroffene aufgrund der zwangsweisen Kindesadoption erleiden mußten. Daß dieser Schmerz endlos ist und das gesamte Leben begleitet, zeigte der traurige Beitrag von Singora-Viola Greiner-Willibald im Rahmen der von Roland Jahn moderierten Podiumsdiskussion. Durch das von Dr. Christian Sachse vermittelte historische Hintergrundwissen und Katrin Behrs Erfahrung jahrelanger Beratung Betroffener wurde deutlich, wie wichtig Aufarbeitung auch im Hinblick auf Zwangsadoptionen in der DDR ist. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hatte vor 1989 mit diesem Thema ganz eigene Erfahrungen gemacht und für die Veranstaltung das folgende Grußwort verfaßt.

Grußwort der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte

1976 berichtete die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), daß sich Eltern an die IGFM mit der Bitte um Hilfe gewandt hatten, weil ihnen in der DDR im angeblichen Namen des Kindeswohls, tatsächlich jedoch aus politischen Gründen, die Kinder zwangsweise entzogen und zur Adoption freigegeben worden waren. Ein Sturm der Entrüstung war die Folge. Jedoch richtete sich diese Entrüstung nicht nur gegen die DDR-Regierung, sondern über viele Jahre gegen die IGFM. Zu absurd erschien

in mehreren Fällen persönlich einschaltete, log im Sinne seines Auftraggebers, verschleppte die Verfahren, und die Unterhändler auf der Seite der Bundesrepublik ließen sich davon blenden.

Aufgrund dieser Dokumentation über Zwangsadoptionen und des stetigen Beharrens der IGFM an die DDR-Regierung, die Menschenrechte einzuhalten und die Beschlüsse von Helsinki umzusetzen und alle politischen Gefangenen freizulassen, erklärte Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit, die IGFM zum Staatsfeind. Doch Staatsfeind zu sein, hatte Folgen: Daß das Ministerium für Staatssicherheit alle Register zog, um die IGFM als unglaubwürdig hinzustellen, ist angesichts des Vorwurfs nachzuvollziehen. Nicht nachzuvollziehen jedoch ist, daß die westdeutsche Presse ihrer Verantwortung für Pressefreiheit und Wahrheit ihrer Mitteilungen und ordentlicher Recherche nicht nachkam. Im Gegenteil bemühten sich angesehene Teile der Presse selbst, den Nachweis zu führen, daß der Vorwurf der IGFM absurd, die betroffenen Eltern in Wahrheit Kriminelle waren, denen nicht zu Unrecht die Kinder weggenommen worden waren.

mit dem handschriftlichen Randvermerk „ja, alle anderen Maßnahmen zurückstellen“ vom stellvertretenden Minister für Staatssicherheit Rudi Mittig abgesegnet, sah vor: „Der Stern wird über das MfAA [Journalistische Beziehungen] der neutralen objektiven Sachverhalt zur Verfügung gestellt. ... Ausgewählte, durch DDR-Gerichte verurteilte Bürger der DDR, die Freiheitsstrafen wegen ihrer Zusammenarbeit mit der IGFM erhielten, um damit nachdrücklich erneut den Beweis anzutreten, daß die Aktivitäten der IGFM nur zum Nachteil des Betroffenen führen.“

Und schließlich sollte auch ein Gespräch mit dem für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Mitarbeiter des Generalstaatsanwaltes, Dr. Peter Przybiski, geführt werden. Der so recherchierte Artikel wurde am 10.4.1986 verwirklicht. Die westdeutschen Journalisten (Stern-Journalist Günsche, ARD-Hörfunkkorrespondent Robert Röntgen und dpa-Korrespondent Hartmut Jennerlein) sind in den Stasi-Unterlagen namentlich genannt. Wenig später wurde ein Fernsehbericht in der ARD nachgezogen. Welche Rufschädigung das für die IGFM bedeutete, kann sich jeder-mann ausmalen, welche Gefühle solche Artikel aber bei den Eltern auslösten, als Kriminelle hingestellt zu werden, das können nur vom gleichen Schicksal Betroffene nachvollziehen. Weder Stern noch ARD haben sich bis heute entschuldigt, weder bei den Eltern, noch bei der IGFM.

Als die IGFM 1976 die Fälle aufdeckte und 1977 eine Dokumentation darüber herausbrachte, schienen es die letzten Fälle zu sein, in denen Kinder aus politischen Gründen politisch mißliebigen Eltern entzogen wurden. Wir wissen nicht, warum sich in der Folge unserer Dokumentation „Zwangsadoptionen“ keine weiteren Bürger an die IGFM gewandt haben. Daß diese Verbrechen fortgesetzt wurden und Tausende andere Eltern Opfer wurden, war der IGFM nicht bekannt. Es ist aber traurige Realität, daß die Zusammenfüh-



Während der Podiumsdiskussion: (v.l.) Singora-Viola Greiner-Willibald, Roland Jahn, Katrin Behr und Christian Sachse.

vielen Bürgern, Politikern und Presseleuten in der Bundesrepublik Deutschland, daß man Eltern aus politischen Gründen Kinder wegnehmen könnte.

Die Beteuerungen der DDR-Regierung, daß solche Verbrechen nie und nimmer geschehen waren, führte zum politischen Schluß, daß nicht sein kann, was nicht sein darf: Die Bemühungen der damaligen Bundesregierung waren halbherzig, die des Ministeriums für innerdeutsche Angelegenheiten kraftlos, unter Minister Egon Franke ja sogar abweisend. Eltern, die sich wehrten und sich an das Ministerium für innerdeutsche Angelegenheiten mit der Bitte um Hilfe wandten, bekamen viele Worte, aber keine ausreichende Unterstützung. Dr. Wolfgang Vogel, der sich

Gott sei Dank hat die Staatssicherheit über alles, was sie veranlaßt hatte, sehr genau Buch geführt. Und darum läßt sich eben beweisen, daß Redaktionen sich selbst um Material bemüht haben. So gibt es einen zig-seitigen Vorgang mit dem Titel „Vorschlag zur Lancierung einer Publikation in der BRD-Illustrierten ‚Stern‘ gegen die Hetze der IGFM im Zusammenhang mit Sorgerechtsfragen“, ausgearbeitet von Generalmajor Niebling vom 27. September 1985. Und dort steht wörtlich: „Nach Mitteilung der XV A IX/3 bekundete die Redaktion des ‚Stern‘ den Wunsch und die Bereitschaft, durch einen entsprechenden Beitrag den wiederholten Verleumdungen und Verdrehungen im Zusammenhang mit den bekannten Fällen N.N. entgegenzutreten und eine objektive Darstellung zu bringen.“ Dieses Vorhaben

rung der zwangsadoptierten Kinder und ihrer leiblichen Eltern in allen Fällen erst nach dem Mauerfall stattfand, wobei sich die leiblichen Eltern mit der ebenso unmenschlichen Bürokratie von Jugend- und Sozialämtern auseinanderzusetzen hatten, die sich in Adoptionen auf die Schweigepflicht hinsichtlich des Aufenthaltes und das Kindeswohl beriefen.

Alle sahen sich schließlich nach über 15jährigem Kampf der Eltern wieder. Die DDR war, ohne das Recht der leiblichen Eltern anzuerkennen, untergegangen. Kein Verantwortlicher der ehemaligen DDR und keiner in der Bundesrepublik Deutschland, der als Journalist bewußt falsche Fährten gelegt hat oder als Politiker durch Passivität oder Leichtgläubig-

keit mitgeholfen hat, die Aufklärung zu verhindern, ist bisher zur Rechenschaft gezogen worden. Das wahre Ausmaß dieser Staatsverbrechen ist bis heute nicht bekannt. [...]

Karl Hafen
Ehemaliger Geschäftsführender
Vorsitzender der IGFM

„Mauern. Gitter. Stacheldraht“

Politische Repression in SBZ und DDR 1945 – 1990

Eine Plakatausstellung der Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.

Im Jahr 1945 endete der von Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg. Mit dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes und den Plänen der Alliierten für eine umfassende Demokratisierung schöpften viele Menschen Hoffnung auf einen Neubeginn.

Doch bald zerbrach die Anti-Hitler-Koalition. Durch Unterdrückung und Terror errichtete die Sowjetische Militäradministration in ihrer Besatzungszone (SBZ) eine Diktatur nach dem Vorbild der kommunistischen Sowjetunion. Die Staatsgründung der Deutschen Demokratischen Republik erfolgte 1949 ohne demokratische Legitimation. Die Staatspartei SED regierte über 40 Jahre mit Alleinherrschaftsanspruch. Kritik und Widerspruch wertete das System als Angriff auf die herrschende Partei und die sowjetische Besatzungsmacht.

Die Repressionen in SBZ und DDR zwischen 1945 und 1990 waren vielseitig. Zu Leidtragenden wurden meist junge Menschen, die wegen ihrer Einstellung oder Lebensweise in Konflikt mit dem Staat gerieten. Die Ausstellung gibt ihnen ein Gesicht. Sie erzählt von den Schicksalen deportierter Frauen und Mädchen, von Internierten in deutschen und osteuropäischen „Speziallagern“, von politischen Häftlingen in DDR-Zuchthäusern, von an der innerdeutschen Grenze Zwangsausgesiedelten und von den durch die Staatssicherheit Verfolgten und Inhaftierten.

Die Themen

- Der Kommunismus: Idee und Realisierung
- Formen politischer Unterdrückung in der SBZ/DDR
- Verschleppung deutscher Frauen und Mädchen in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit 1944/45
- Internierung politischer Gegner in sowjetischen „Speziallagern“ in der SBZ

- Deportation politischer Gegner in Zwangsarbeitslager der Sowjetunion
- Politische Entführungen aus West-Berlin in den kommunistischen Machtbereich
- Hoheneck – Das Frauengefängnis der DDR
- Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze
- Mauerflüchtlinge und ihre Fluchthelfer als politische Gefangene im DDR-Strafvollzug
- Politische Verfolgung von Schülern und Studenten
- Politische Unterdrückung von jugendlicher Subkultur
- Politische Verfolgung von Christen, Juden und Zeugen Jehovas
- Zwangsadoptionen und Heimerziehung von Kindern aus politischen Gründen
- Psychische „Zersetzung“ von politischen Gegnern durch das MfS
- Psychische „Zersetzung“ von westlichen Organisationen durch das MfS
- Nur die Spitze des Eisbergs

Eignung

Die Ausstellung ist eine ausgezeichnete und preiswerte Möglichkeit, um an öffentlichen Orten – zum Beispiel in Foyers von Rathäusern, Volkshochschulen, Stadtbibliotheken, Schulen, Vereins- oder Gemeindehäusern – die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Deutschland anzuregen und zu fördern. Mit ihren zahlreichen historischen Fotos, Dokumenten und Texten bildet sie einen geeigneten Rahmen für Veranstaltungen, wie Buchvorstellungen, Zeitzeugengespräche oder Filmvorführungen, und ist auch im Schulunterricht gut verwendbar. Die Ausstellung wird ge-

fördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und kann auch als Wanderausstellung im Banner-Format bestellt werden.

Bezug

Die Plakatausstellung besteht aus 17 Plakaten in der Größe DIN A1. Sie wird für eine Gebühr von 10 Euro plus 10 Euro Porto und Verpackung per Post zugesandt. Auf Wunsch wird für die Eröffnung der Ausstellung ein authentischer Zeitzeugenvortrag vermittelt. Der Kostenanteil dafür beträgt 50 Euro. Die Ausstellung kann bestellt werden bei: UOKG-Geschäftsstelle, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail info@uokg.de



Geheimdienstakten im Abitur

Präsentation wissenschaftlicher Schülerarbeiten im Stasimuseum

Eine Bildungsveranstaltung besonderer Art fand am 14. September 2016 im Stasimuseum in Berlin-Lichtenberg statt. Es wurden mehrere wissenschaftliche Kurzvorträge zu Themen der deutschen Teilungsgeschichte gehalten. Die Referenten waren diesmal allerdings nicht bekannte Wissenschaftler oder Journalisten, sondern junge Leute, die vor wenigen Wochen noch Schüler des Friedrich-Ebert-Gymnasiums in Berlin-Wilmersdorf waren und gerade das Abitur hinter sich hatten. Es war eine Gemeinschaftsveranstaltung



Foto: N. Radlitz

Ungewohntes Ambiente für die Präsentation von Schülerarbeiten: das Stasimuseum im Haus 1 des ehemaligen Mielke-Sitzes in Berlin.

des Stasimuseums und der genannten Schule. Das Ebert-Gymnasium ist in Kreisen der Aufarbeitung von Zeitgeschichte durch ein Projekt mit der Bezeichnung „Geheimdienstakten im Abitur“ bekannt. Im Rahmen der sogenannten 5. Prüfungskomponente können die Schüler eben solche Akten hinzuziehen.

Ursprünglich war das Projekt auf Akten des MfS beschränkt, weswegen man bei Google auch mit dem Stichwort „Stasiakten im Abitur“ zur Projektbeschreibung auf der Homepage der Schule kommt. Das Projekt wurde und wird wesentlich durch die Stasiakten-Behörde unterstützt. Im Laufe der Zeit wurden dann auch freigegebene Akten des Bundesnachrichtendienstes und der amerikanischen Geheimdienste in das Angebot für Schüler einbezogen. In Berlin absolvieren die Abiturienten jeweils eine schriftliche Prüfung in den beiden Leistungsfächern. Die 3. Prüfungskomponente ist schriftlich in einem Grundkurs, das 4. Prüfungsfach ist mündlich. Und seit einigen Jahren gibt es in der Berliner Schule das 5. Prüfungsfach. Die Schüler legen eine Präsentationsprüfung ab oder verfassen eine Arbeit. Das Thema können sie in Absprache mit ihren Lehrern selbst wählen. Unter den Schülern gibt es jedes Jahr auch solche, die großen Aufwand betreiben, um nicht nur Bekanntes aus dem Internet zu kompilieren, sondern wissenschaftsvorbereitend zu arbeiten.

Das Stasimuseum Berlin hatte vier dieser Schüler, die noch dazu hervorragende Prüfungsergebnisse erreichten, zu einer Wiederholung ihrer Präsentationen vor Fachpublikum eingeladen. Leider war Lisa Wulf verhindert, so daß sich der Bericht über ihr Thema „Korea“ auf die Prüfungsleistung in der Schule bezieht. Die Zuhörer waren sich einig darin, daß die Kurzvorträge nicht nur sehr gute Schülerleistung zeigten, sondern darüber hinaus auch interessante Neuigkeiten boten.

Zum Beispiel interviewte Patrick Hoffacker den Projektleiter „Pharma-Tests durch westliche Firmen in der DDR“, Prof. Hess, wenige Stunden vor der Veröffentlichung seines Abschlußberichts. Somit waren Patricks Ausführungen aktuell auf dem Stand der Wissenschaft – ein Highlight. Der inzwischen Medizin Studierende untersuchte die Interessenlage westlicher Firmen (gute Zugangsmöglichkeiten zu Patienten, relativ geringer Kostenaufwand) und der SED-Führung (Geldeinnahme, Zugang zu westlichen Medikamenten). Die in Medien geäußerte Vermutung, daß durch die Tests Menschenversuche, etwa vergleichbar der Nazizeit, durchgeführt worden wären, wurde durch die Forschungsergebnisse des Medizinhistorikers Prof. Hess nicht bestätigt. In seinem Vortrag beleuchtete Patrick auch die Rolle des Staatssicherheitsdienstes, der vor allem an Geheimhaltung interessiert war. Natürlich spielten dabei Schalck-Golodkowski und die KoKo eine wesentliche Rolle. Die systematische Überwachung der Mediziner an der Charité durch den Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern der Stasi ist durch die Akten gut dokumentiert.

Arman Akkus nahm für die Vorbereitung seiner Präsentation den weiten Weg nach Frankfurt/Oder in Kauf, um einen Experten zum Thema „Vorratsdatenspeicherung“ zu interviewen. In seinem Vortrag wurde deutlich, was Vorratsdatenspeicherung ist und vor allem: was sie nicht ist. Er zeigte das schwierige Verhältnis von Freiheit und

Sicherheit auf. Datenspeicherung, so stellte er heraus, sei nicht nur ein Thema des Staates, sondern auch der Privatindustrie. Mit seinem Vortrag hat sich Arman als kompetenter junger Gesprächspartner für dieses schwierige Thema empfohlen.

Am Beispiel der Rock-Gruppe Renft ging Ruben Hoyer auf die Frage ein, ob der Einfluß westlicher Rockmusik auf DDR-Gruppen systemdestabilisierend gewesen sei, wie es die SED immer wieder vermutete. Am Beispiel des Pannach-Textes „Überholen ohne einzuholen, das ist DDR konkret. Wo Idioten zu Idolen werden, wenn sie loben, was besteht“, dokumentierte Ruben widerständiges Verhalten durch Musiker in der DDR. Ausgehend vom bekannten 11. Plenum und dem „Beat-Aufstand“ am Leipziger Leuschner-Platz setzte der Referent die Wirren von DDR-Kulturpolitik zwischen Ulbricht, Mielke und Honecker ins Bild.

Lisa Wulf wiederum beschäftigte sich in ihrer Präsentationsprüfung zum Abitur mit der Frage, ob der deutsche Vereinigungsprozeß modellhaft für die koreanische Situation sei, fand jedoch völlig verschiedene Verhältnisse zwischen Süd- und Nordkorea sowie zwischen den beiden Teilen Deutschlands heraus. Lisa belegte dies nicht zuletzt mit der fast totalen Isolierung der nordkoreanischen Bevölkerung vom Rest der Welt. Eine Tendenz der Entfremdung, wie in Korea, habe es in Deutschland nicht gegeben. Sie kam zu der Einschätzung, daß eine nichttriviale Modellsituation für Korea nicht gegeben sei. Insbesondere militärpsychologisch habe es große Unterschiede zwischen der DDR und Nordkorea gegeben. Es muß hinzugefügt werden: Eine Formulierung der DDR-Militärerziehung, wie „Der Bundeswehrsoldat ist mein Feind, deswegen hasse ich ihn“, hat in der DDR neben Kopfschütteln eher das Gefühl der Lächerlichkeit erzeugt. In Nordkorea dürfte ein analoger Ansatz jedoch durchaus zur Realität gehören.

In früheren Prüfungen zur 5. Komponente beschäftigten sich Schüler mit der Doping-Problematik, mit der Analyse von Punk-Texten oder mit der Technik der Lichttelefonie in Militär und Geheimdiensten und der „Markierung“ von Menschen mit radioaktiven Substanzen.

Bernd Lippmann

Diagnose: Mangelnde Kompetenz

UOKG-Kongreß 2016 am 8. Oktober in Berlin

(st) „Wege zu einer verbesserten Begutachtung von Opfern der Haft und Repression während der SED-Diktatur“ – daß dieses Thema nach wie vor virulent ist, zeigte ein Blick ins Publikum. Mehr als 100 Teilnehmer waren ins Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer gekommen. Nach der Begrüßung durch den UOKG-Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski, der noch einmal kritisierte, daß der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen es abgelehnt hatte, am Kongreß teilzunehmen, eröffnete Prof. Dr. Dr. Theo R. Payk, Psychiater, Psychotherapeut und Diplom-Psychologe, die Reihe der Fachvorträge. Er referierte zur „Beihilfe von Psychiatern und Psychologen bei der Traumatisierung von DDR-Bürgern“ und erklärte zunächst, warum in der Sowjetunion jederzeit politisch nicht genehme Bürger in die Psychiatrie eingewiesen werden konnten: Man hatte einen neuen Schizophrenie-Begriff eingeführt, den „Reformwahn“. In der DDR hingegen lag der Mißbrauch von Psychologie und Psychiatrie vor allem in der Verletzung der Schweigepflicht und der Beteiligung an Ausarbeitung und Lehre der „operativen Psychologie“, deren Ziel in „Zersetzung“ bestand. An der Juristischen Hochschule des MfS war dies ein Pflichtstudienfach, das insgesamt ca. 10 000 MfS-Offiziere durchliefen. Payk beschrieb weiter die Folgen der „akuten Belastungsreaktion“ bei Inhaftierung. Wenn diese Symptome nach ca. vier Wochen nicht abklängen, sei eine Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) eingetreten. Extrembelastung durch längere Haft und Zersetzung könne hingegen zu einer andauernden Persönlichkeitsänderung führen und sei kaum noch behandelbar. Es gebe keine Erhebungen, wie viele ehemalige politische Häftlinge sich später das Leben genommen haben.

Dr. Karl-Heinz-Bomberg, Arzt für Psychiatrie und Psychoanalyse und ehemaliger politischer Häftling, sprach über die vielfältigen Spuren, die Haft und Gewalt hinterlassen. Therapie und versorgungsrechtliche Schritte gehörten seines Erachtens zusammen, um die Würde des Betroffenen wieder herzustellen. Er betonte, daß für psychisch Verfolgte auch physisch ein erhöhtes Gesundheitsrisiko bestehe, z.B. durch erhöhten Blutdruck sowie Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Die häufigsten Beeinträchtigungen seien

Schlafstörungen, Alpträume, Mißtrauen, Ängste, Stimmungsschwankungen und Depressionen. Oft falle im Ruhestand die Lebensbilanz negativ aus. Was aber „in einer Generation nicht verarbeitet werden kann, geht auf die nächste über“. Die Erlebnisse von Haft und Verfolgung würden gegenüber den Nachkommen häufig beschwiegen, so daß die Symptome weitergegeben würden. Heilung sei nicht möglich, aber Linderung und Besserung.

Diplom-Psychologin Stefanie Knorr von der Berliner Beratungsstelle Gegenwind, deren Thema die „Folgen der Begutachtung für die Betroffenen“ war, beschrieb zunächst am Modell Traumatischer Sequenzen nach Hans Keilson die verschiedenen traumatisierenden Phasen. Politischer Verfolgung, Verhaftung und Haft folgten bei Entlassung in die DDR Schweigepflicht und weitere Repressalien, bei Entlassung in die Bundesrepublik starke Verdrängung und wenig oder kein Verständnis im sozialen Umfeld, alles Faktoren, die ein Trauma verstärken könnten. Mit der postdiktatorischen Phase nach 1989 entstanden hohe Erwartungen an den Rechtsstaat. Dabei wurden sowohl Erfahrungen der Anerkennung als auch der Ablehnung gemacht. Soziale Zurückweisung habe starken Einfluß auf die Schwere einer PTBS. Beträchtliche Unruhe kam auf im Saal, als Stefanie Knorr die Anforderungen an Gutachter beschrieb, wie z.B. Kompetenz, vollständige Erfassung der Sachverhalte und Vermeidung von Interaktionsfehlern.

Dr. Ruth Ebbinghaus, Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie, die häufig als Gutachterin tätig ist und der von Versorgungsämtern der Vorwurf gemacht wurde, für die Betroffenen Partei zu ergreifen, also nicht neutral zu sein, erläuterte „Die aktuelle Begutachtungspraxis“. Sie beschrieb zunächst die Entwicklung seit Mitte der 90er Jahre. So seien deutliche Verbesserungen durch Publikationen und Forschungen zum Thema eingetreten,

doch einige Probleme bestünden fort und andere seien hinzugekommen. Zur Zeit polarisierten sich die Ansichten der Kollegen: Einerseits herrsche die Meinung, es würden zu viele – ungerechtfertigte – Trauma-Diagnosen gestellt, andererseits gehe man davon aus, daß Traumata häufig nicht erfragt würden und so falsche Diagnosen entstünden. Die erste Gruppe neige zu einer Ablehnungshaltung gegenüber den Klienten, teilweise würden die beschriebenen Haftverhältnisse einfach angezweifelt. Ebbinghaus erläuterte die Probleme im Verhältnis von Symptomen und Diagnose-Manualen und benannte anschließend gravierende Mängel in der Begutachtungspraxis, wie unterschiedliche Qualifikation der Gutachter, mangelnde Anerkennung der Haftbedingungen als traumatisierend, Zweifel an der Glaubhaftigkeit der Betroffenen und unterschiedliche Bewertung der Höhe



Im Podium: (v.l.) Thomas Lerche, Iris Glicke, Ulrike Poppe und Dieter Dombrowski.

des Grades der Schädigungsfolgen (GdS). Vor allem kritisierte sie, daß in der fachärztlichen Ausbildung noch immer keine Kenntnis von Traumafolgestörungen gefordert werde.


Andreas Dietrich, Abteilungsdirektor soziales Entschädigungsrecht im Versorgungsamt des Landes Brandenburg, schilderte „Die Begutachtungssituation aus der Perspektive der Versorgungsämter“. Er zeigte sich durchaus informiert darüber, welche Kriterien bei der Begutachtung zu einer erhöhten Belastungssituation bei den Betroffenen führen und listete hauptsächlich auf, mit welchen Maßnahmen sein Amt versucht, ihnen die Situation zu erleichtern. Statt dieses Katalogs hätten die Teilnehmer offenbar gern gehört, wie Mißständen abgeholfen wer-



den könne. Die Reaktion des Publikums ließ darauf schließen, daß mehrere Anwesende damit konfrontiert worden waren.

In einer Podiumsdiskussion mit Dieter Dombrowski, Rechtsanwalt Thomas Lerche und der Parlamentarischen Staatssekretärin für die neuen Bundesländer, Iris Gleicke, moderiert von Ulrike Poppe, LAKD, sollte herausgefunden werden, was für eine verbesserte Begutachtung

unternommen werden könne. Thomas Lerche, dem eine Verharmlosungstendenz bei Brandenburger Gutachten aufgefallen war, sprach sich für einen bundesweiten Pool von 30 bis 50 speziell ausgebildeten Sachverständigen aus. Der hätte eigentlich schon in die letzte Novelle des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes aufgenommen werden sollen, sei aber aus Zeitgründen entfallen. Iris Gleicke plädierte für die Entwicklung von Krite-

rien für die medizinische und psychotraumatologische Ausbildung, Ulrike Poppe forderte eine traumatologische Ausbildung als Voraussetzung für Gutachter-tätigkeit. Dieter Dombrowski stellte klar, daß die Behauptung des Brandenburger Sozialministeriums, die verwendete Gutachterliste wäre mit den Opferverbänden abgestimmt, einfach falsch sei. Er erneuerte die Forderung nach einer Beweislastumkehr. 

Erinnerung an Leid und Tod

Die Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e.V. hatte am 10. September 2016 zur 27. Gedenkveranstaltung eingeladen. Das Lager Jamlitz war von 1943 bis 1945 das Außenlager Lieberose des KZ Sachsenhausen. Von September 1945 bis April 1947 wurde es als Speziallager Nr. 6 der sowjetischen Besatzungsmacht genutzt. Dort waren über 10 200 Deutsche ohne Urteil festgesetzt. Nach sowjetischen Angaben starben 3400 namentlich bekannte Häftlinge in diesem Lager. Sie wurden in Massengräbern verscharrt.

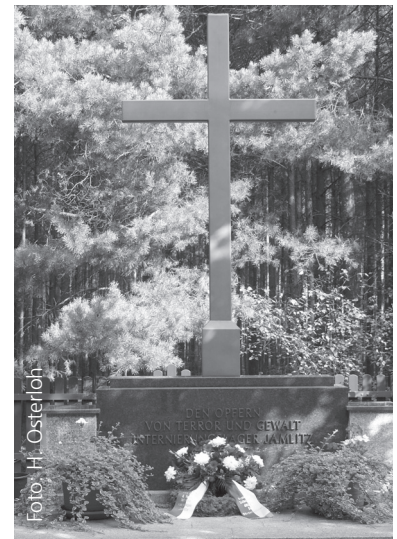
Die diesjährige Gedenkveranstaltung erinnerte an Leid und Tod der inhaftierten Frauen, Männer und Jugendlichen. Ebenso gedachten die Anwesenden der Häftlinge und Toten des ehemaligen KZ-Außenlagers Lieberose.

Die Veranstaltung begann mit einem Gedenkgottesdienst in der Evangelischen Landkirche zu Lieberose mit Pfarrerin Susanne Brusch und setzte sich am Nachmittag mit dem Gedenken an den Massengräbern auf dem Waldfriedhof in Jamlitz

fort. Dann folgte die Kranzniederlegung am Hochkreuz. Die Vorsitzende der Initiativgruppe, Michaela Kossatz-Reinke, begrüßte alle anwesenden Persönlichkeiten aus den umliegenden Gemeinden sowie die Vertreter anderer Opfergruppen. Sie hieß die Angehörigen und Verwandten der vielen Toten, aber auch die wenigen Überlebenden herzlich willkommen.

Die Gedenkansprache hielt der Superintendent im Ruhestand, Eckhard Fichtmüller. Dieser ist auch Vorsitzender der Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e.V. (Speziallager Nr. 5).

Die würdevolle Feierstunde wurde durch die Liedertafel Lübben und den Bläserchor Lieberose begleitet. Besonderen Eindruck hinterließen die Herren der Liedertafel Lübben mit ihrem Vortrag des Freiheitschores aus Nabucco. Der Bläserchor Lieberose spielte am Ende der Gedenkfeier die Silber-Melodie „Ich hatt' einen Kameraden...“ – ein ergreifender und nachdenklicher Moment für alle Anwesenden.



Hochkreuz auf dem Waldfriedhof. Dort wurden auf zwei großen Feldern von Angehörigen und Freunden der Toten über 100 Grabplatten niedergelegt.

Im Anschluß an diese wundervoll gelungene Gedenkfeier lud die Initiativgruppe alle Anwesenden zu einer Kaffeerunde in den Bahnhof Jamlitz ein. Dort fanden noch viele interessante Gespräche unter den anwesenden Gästen aus nah und fern statt.

Hanns Osterloh

Ohne Haß gemeinsam trauern

Zu dem beeindruckenden XXVI. Mahn- und Gedenktreffen der Initiativgruppe Lager Mühlberg am 9. und 10. September in Mühlberg/Elbe waren mindestens 250 Teilnehmer gekommen.

Der Bürgermeister der Stadt Bad Liebenwerda, Thomas Richter, und auch der Vorsitzende der Initiativgruppe, Pfarrer Matthias Taatz, referierten in ihren

bemerkenswerten und ausführlichen Ansprachen zur Geschichte auch die vielen Kontakte in mehrere europäische Länder, zu noch lebenden Betroffenen bzw. den Angehörigen aus verschiedensten Ländern und zu Politikern.

Die beiden Veranstaltungen, zunächst am Denkmal und anderthalb Stunden später auf dem Friedhof, haben mich sehr bewegt und gezeigt, wie man mit den Verbrechen zweier Diktaturen umgehen kann. Man kann ohne Haß gemeinsam trauern und muß vor allem durch die Erinnerung an die Geschichte und Weitergabe an die nächste Generation alles tun, damit solches Unrecht, solche Verbrechen nie wieder geschehen.

Die Sächsische Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, Barbara Kiepsch, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, und Bundestagsabgeordnete überbrachten Grußbotschaften. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Arnold Vaatz MdB, hielt die Gedenkansprache. Unter den Gästen befanden sich auch Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, und Ulrike Poppe, Brandenburger LAKD.

Das Treffen wurde beschlossen mit einem gemeinsamen Essen im Mühlberger Kloster Marienstern und einem Konzert des Orchesters Sinfonietta Dresden.

Ernst-Otto Schönemann



Überlebende ehemalige Häftlinge des Lagers vor dem Hochkreuz der Gedenkstätte.

Geburtstags- überraschung

Am 2. September 2016 wurde unsere Margot Jann 90 Jahre alt. Sie ist Mitbegründerin des „Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen“ gewesen. Dieser Verein wurde am 26. April 1991 von zwölf Frauen gegründet, die durch ein Sowjetische Militärtribunal (SMT) verurteilt wurden. 1950 wurden 1119 Frauen von



Margot Jann (2.v.l. vorn) mit ihrem Mann im Kreis der ehemaligen Hoheneckerinnen.

der sowjetischen Besatzungsmacht an die Volkspolizei aus den Lagern Sachsenhausen und Bautzen nach Hoheneck verlegt. Inzwischen setzt sich der „Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen“ aus Frauen zusammen, die aus politischen Gründen von 1950 bis 1989 im Frauenzuchthaus Hoheneck inhaftiert waren.

Margot Jann, Jahrgang 1926, Bankkauffrau, erlebt die Schrecken des Kriegsendes in der Oberlausitz. Durch den NKWD verhaftet im Oktober 1945, verurteilt, „begnadigt“ zu zehn Jahren Lagerhaft, inhaftiert in den NKWD-Gefängnissen Radebeul und Bautzen, dann im Lager Sachsenhausen bis 1950, wird sie bei Auflösung des Lagers mit tausend Frauen überstellt ins Frauengefängnis Hoheneck (nahe Chemnitz). Im Oktober 1950 wird sie endlich freigelassen, zu Ehren des 1. Jahrestages der DDR-Gründung. Sie arbeitet als Sekretärin, verweigert den SED-Eintritt, dennoch kann sie ein Fernstudium (Finanzen) von 1960 bis 1964 absolvieren. Sie heiratet 1971, arbeitet bis 1991 als Expertin in der Großindustrie der DDR. 1996 wird sie von Rußland rehabilitiert.

Marot Jann ist heute Ehrenvorsitzende des Vereins. Sie hatte den Vorsitz nach dem Tod der Gründerin Maria Stein 2002 übernommen. Leider konnte die Trägerin des Bundesverdienstkreuzes den Verkauf des Frauenzuchthauses im Jahr 2002 an den saarländischen Geschäftsmann Bernhard Freiburger nicht verhindern. Die angedachte Nutzung als Freizeit- und Erholungskomplex scheiterte an dem Widerstand der Opferverbände. Wegen ihrer in-

tensiven Bemühungen ist es zum größten Teil ihr Verdienst, daß der Rückkauf und die damit begonnenen Baumaßnahmen zur Umnutzung eines Gedächtnisortes und einer Gedenkstätte nun langsam Gestalt annehmen.

Wir ehemaligen Vereinsmitglieder hatten uns verabredet, sie mit einer Geburtstagsfeier zu überraschen, um ihr zu zeigen, daß wir immer noch da sind und sie nicht

vergessen haben. Am 17. September luden wir sie zum Essen in das Landhaus Alt- Mariendorf ein. Bei einem Glas Sekt und einem deftigen Abendessen saßen wir gemütlich beisammen. Die Blumen und eine kleine Aufmerksamkeit nahm sie voller Freude und zu Tränen gerührt in Empfang und bedankte sich für die ge-

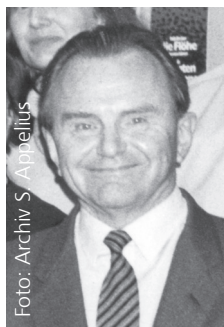
lungene Überraschungsparty. Happy Birthday nachträglich!

Elke Schlegel

Suchanzeige

Wer kannte Heinz Raue (1962 – 1969 in Bautzen II)?

Heinz Raue (geb. 1924 in Leipzig) wurde im Sommer 1959 in Ost-Berlin verhaftet. Er wurde vom Bezirksgericht Frankfurt (Oder) im Herbst 1960 wegen Spionage für die Amerikaner zu einer fünfzehnjährigen Haftstrafe verurteilt, war seit dem 27. Juli 1962 in Bautzen II inhaftiert. Nach Informationen des Zeitzeugenbüros der Gedenkstätte Hohenschönhausen soll er angeblich sechs Jahre in Einzelhaft verbracht haben. 1968 war er in Bautzen II mit einem **Wolfgang** inhaftiert, der ihn gut gekannt haben muß. **Wer kennt diesen Wolfgang?**



Heinz Raue 1981.

Am 3. Juli 1969 erfolgte der Rücktransport von Heinz Raue nach Ost-Berlin, im August wurde er vorzeitig aus der Haft entlassen. Ein Mitgefangener erinnert sich, daß Heinz Raue zuletzt Funktionshäftling gewesen sei und an der Essensausgabe mitgewirkt habe. Raue war ein kleiner Mann mit rötlich blondem Haar, durch die jahrelange

Haft traumatisiert und vermutlich sehr verängstigt. **Wer kann sich an Heinz Raue erinnern? Jede Erinnerung hilft.**

An der Geschichte von Heinz Raue arbeitet Dr. Stefan Appellius in Berlin. Er ist über E-Mail stefan.appellius@fu-berlin.de und über Telefon (0171) 544 42 82 zu erreichen.

Einladung

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, hiermit laden wir Euch ganz herzlich zu unserer Jahresabschlußversammlung am Sonnabend, dem **5. November 2016**, 10.00 Uhr, nach 09111 Chemnitz, Markt 1, im Ratskeller (Einlaß ab 9.30 Uhr) ein.

Wir wollen Rückblick auf 25 Jahre VOS Chemnitz nehmen und uns im Kreise der Kameradinnen und Kameraden, auch gern in Begleitung Eurer Liebsten und Freunde, wiedersehen.

Wir freuen uns auf Euer Kommen.

Teilnahmebestätigung erbeten an: VOS Chemnitz, Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz oder Tel. (0176) 82 57 31 61.

Vorstand der VOS Chemnitz –
Hohenstein-Ernstthal – Stollberg

Kaßberg-Ausstellung

Einladung zur feierlichen Ausstellungseröffnung „Das Kaßberg-Gefängnis und seine Gesichter“

7. November 2016, um 19 Uhr, im Ausstellungsraum des Chemnitzer Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Das Kaßberg-Gefängnis in Chemnitz blickt auf eine lange, wechselvolle und leidbehaftete Geschichte zurück. Zunächst als Königlich-Sächsische Gefangenenanstalt erbaut, später als NS-Untersuchungs- und Strafgefängnis umgenutzt, wurde es schließlich zum Untersuchungsgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes und zur Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit. Seine historische Sonderstellung erhielt es als Drehscheibe für den Häftlingsfreikauf aus der DDR in die Bundesrepublik.

Der 2011 gegründete „Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.“ setzt sich dafür ein, daß am historisch authentischen Ort der politischen Repression in würdiger Weise an das Leid all jener erinnert wird, denen auf dem Kaßberg in den Jahren der nationalsozialistischen und der kommunistischen Diktatur Unrecht widerfahren ist.



Die Ausstellung „Das Kaßberg-Gefängnis und seine Gesichter“ behandelt die Geschichte des Ortes und soll vor allem das Engagement der Zeitzeugen würdigen bzw. einen Beitrag dazu leisten, die Genese des Ortes sowie die Schicksale der Betroffenen dauerhaft zu dokumentieren.

Steffi Lehmann

Der Dunkle Ort

Ausstellungseröffnung

Die Ausstellung „Der Dunkle Ort – Das Frauengefängnis Hoheneck“ porträtiert 25 Frauen, die zwischen 1950 und 1989 als politische Gefangene inhaftiert waren. Ihre traumatischen Erlebnisse in Hoheneck sind Geschichten gegen das Vergessen eines dunklen, noch jungen Kapitels deutscher Geschichte.

Die Ausstellung wird am **7. November 2016**, 18.00 Uhr, im Gemeindezentrum der Evangelischen Friedenskirche, Paul-Heim-Saal, Schubartstr. 14, 70190 Stuttgart eröffnet. Sie ist eine Kooperationsveranstaltung des Süddeutschen Freundeskreises Hoheneckerinnen u.a. und ist zu sehen bis zum 10. Dezember 2016, dienstags 14.00–18.00 Uhr, und mittwochs bis freitags 9.00–11.00 Uhr.

Kaßberg nicht verkaufen!

Die Petition der Initiative Gerechtigkeit für SED-Opfer (s. Ausg. 8/2016, S. 15) gegen den Verkauf der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt im damaligen Karl-Marx-Stadt „Kaßberg“ und für die Nutzung als Gedenkstätte und Dokumentationszentrum kann weiter unterzeichnet werden:

<https://www.change.org/p/sächsischer-landtag-kaßberg-gefängnis-als-gedenkstätte>

Veranstaltung

des BSV-Landesverbandes Berlin und des BSV-Fördervereins zu einem politisch-historischen Thema mit anschließender Gesprächsrunde in vorweihnachtlichem Rahmen.

**Mittwoch, 14. Dezember 2016,
14.00 Uhr**

Ort: Stasi-Museum, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Raum 710

Um telefonische Voranmeldung wird gebeten: Tel. (030) 55 49 63 34

Ausgezeichnet

(rbb) Am 11. Oktober ist das Menschenrechtszentrum Cottbus mit dem ersten Brandenburger Freiheitspreis des Domstifts Brandenburgs ausgezeichnet worden. Außenminister Frank-Walter Steinmeier übergab den Preis im Dom zu Brandenburg an die Betreiber der Gedenkstätte im ehemaligen DDR-Zuchthaus Cottbus. Dort haben ehemalige politische Häftlinge das Gelände erworben und einen Gedenk- und Bildungsort daraus gemacht.

Abschied

Xing-Hu Kuo saß am Steuer seines schwarzen Mercedes 180 und befand sich kurz vor dem Checkpoint Charlie, als er von drei Wolga-Limousinen gestoppt wurde, denen mehrere Bewaffnete entsprangen. Das Stadtgericht Berlin verurteilte ihn wenig später zu sieben Jahren und sechs Monaten Zuchthaus, weil er angeblich mehreren DDR-Bürgern zur Flucht in den Westen verholfen hatte. Nach seiner Haft – die er in der berüchtigten Sonderhaftanstalt Bautzen II verbüßen mußte – hat er sich im Westen um die Aufarbeitung des SED-Unrechts verdient gemacht. Am 17. Juli 2016 ist Xing-Hu Kuo nach langer schwerer Krankheit in Berlin gestorben.

Geboren am 12. Mai 1938 in Djarkata (Indonesien), hatte der „fröhliche Tiger“, wie die wörtliche Übersetzung seines Namens lautet, ein recht bewegtes, häufig sehr schwieriges Leben. Der Sohn eines wohlhabenden Publizisten, des Chefredakteurs einer der wichtigsten Zeitungen in Indonesien, war nach dem Besuch zweier holländischer Schulen zunächst in die Bundesrepublik gekommen. Er hatte in Hamburg und an der Freien Universität Berlin in West-Berlin Publizistik studiert, bevor er sich dazu entschloß, in die DDR übersiedeln. Nachdem er sein Journalistik-Studium an der Karl-Marx-Universität in Leipzig absolviert hatte und sich zum Realsozialismus bekannte, entzog ihm das nationalistische Sukarno-Regime die indonesische Staatsbürgerschaft. Kuo, der damals in Treptow an seiner Doktorarbeit schrieb und als

Übersetzer für die chinesische Botschaft arbeitete, nahm die chinesische Staatsbürgerschaft an. Als ihn der ostdeutsche Staatssicherheitsdienst 1965 verhaftete, hatte er längst entschieden, dem SED-Regime den Rücken zu kehren.

Vom Sommer 1966 bis zum Sommer 1972 in der berüchtigten Sonderhaftanstalt Bautzen II eingesperrt, entschied Kuo, lieber nach Westdeutschland, als nach China entlassen zu werden. Der Sozialismus war für ihn erledigt. Durch eine Empfehlung von Matthias Walden gelangte Kuo an eine Position als Redakteur des neu gegründeten Axel-Springer-Inlandsdienstes (ASD), wo man ihm bereits ab Mitte Oktober 1972 die Aufgabe der Auswertung östlicher Pressezeugnisse übertrug, bevor er 1979 als Korrespondent des ASD nach Stuttgart wechselte. Während viele seiner Kollegen 1981/82 bei der Einstellung des ASD ihre Arbeit verloren, hatte Kuo noch einmal Glück. Er wurde zum Korrespondenten der Tageszeitung „Die Welt“ befördert und durfte seine Arbeit in Baden-Württemberg fortsetzen. Zumindest bis zum Herbst 1985, als nach Axel Springers Tod eine erneute Entlassungswelle durch den Verlag rollte.

Kuo, seit 1974 mit der Berlinerin Anita Tykve verheiratet, gründete damals den „Anita Tykve Verlag“, in dem fortan zahlreiche Bücher erschienen, die sich kritisch mit dem SED-Regime auseinandersetzten, darunter nicht zuletzt sein eigener Titel „Ein Chinese in Bautzen II“. Nach dem Tod seiner Frau (2013) war Kuo zurück nach Berlin gezogen. Er lebte zuletzt in Kreuzberg, nur ein paar Schritte von seiner alten Wirkungsstätte, dem Axel-Springer-Haus, entfernt.

Stefan Appellius



Foto: Archiv S. Appellius

Kuo als ASD-Redakteur im Springer-Haus.

Veranstaltungen

1.11. (Di), 18.00 Uhr:

„**Gesperrte Ablage: Unterdrückte Literaturgeschichte in Ostdeutschland 1945–1989**“, mit Autorin Prof. Ines Geipel; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

1.11. (Di), 18.00 Uhr:

Der Osten im Westen. Vom Einfluß des Ostens auf das vereinigte Deutschland, Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

2.11. (Mi), 19.00 Uhr:

Annäherungen an Robert Havemann. Biographische Studien und Dokumente, Ref. Dr. Bernd Florath; Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft e.V. u.a. im Rahmen der Reihe „Der Anfang vom Ende. Die DDR 1976 bis 1989“; Ort: Europasaal der Deutschen Gesellschaft e.V., Mosse Palais, Voßstr. 22, 10117 Berlin

3.11. (Do), 19.00 Uhr:

Volksstimmen. Ehrlich, aber deutlich – Privatbriefe an die DDR-Regierung, Ref. Dr. Siegfried Suckut; Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft e.V. u.a. im Rahmen der Reihe „Der Anfang vom Ende. Die DDR 1976 bis 1989“; Ort: Europasaal der Deutschen Gesellschaft e.V., Mosse Palais, Voßstr. 22, 10117 Berlin

7.11. (Mo), 18.00 Uhr:

Ausstellungseröffnung **„Der Dunkle Ort – Das Frauengefängnis Hoheneck“** mit anschließendem Ständerling, Empfang u. Moderation: Mechthild Günther, Historikerin, Potsdam, Zeitzeuginnen-gespräch mit Cornelia Pilz-Reichel, Rickenbach, und Dr. Ute Steinhäuser, Weinheim, Grußwort der Stadt Stuttgart: Tatjana Strohmaier, Bezirksvorsteherin Stuttgart Ost; Veranstaltung d. Süddeutschen Freundeskreises Hoheneckerinnen u.a.; Ort: Gemeindezentrum der Evangelischen Friedenskirche, Paul-Heim-Saal, Schubartstr. 14, 70190 Stuttgart

15.11. (Di), 18.00 Uhr:

Flucht aus der DDR über den „Eisernen Vorhang“ Bulgariens. Wege – Methode – Opfer, Stoyan Raichevsky u. Fanna Kolarova stellen ihr Projekt vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

17.11. (Do), 15.00 Uhr:

„**Wie es war und was bleibt**“, Zeitzeuginnengespräch mit Konstanze Helber, Rottenburg, Süddeutscher Freundeskreis Hoheneckerinnen und ehem.

Einweisung in die „Tripperburg“

Wer gedacht hat, schon alle Formen der Repression in der DDR zu kennen, wird mit diesem Buch eines Besseren belehrt. Es ist die Geschichte der geschlossenen Venerologischen Station der Poliklinik Mitte in Halle/Saale, die von 1961 bis 1982 existierte und in der vorsätzlich und zielgerichtet ein Terrorsystem etabliert wurde. Die rechtliche Grundlage für eine Zwangseinweisung von Geschlechtskranken in der DDR bildete die „Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten“ vom 23. Februar 1961. Sie bezog sich auf mehrfach als geschlechtskrank registrierte oder des häufig wechselnden Geschlechtsverkehrs Verdächtige. In der Hausordnung der Station in Halle von 1962 ist jedoch der vorrangige Zweck der Einweisung zu lesen: „Durch erzieherische Einwirkung muß erreicht werden, daß diese Bürger nach ihrer Krankenhausentlassung die Gesetze unseres Staates achten, eine gute Arbeitsdisziplin zeigen und sich in ihrem Verhalten in unserer Gesellschaft von den Prinzipien des sozialistischen Zusammenlebens der Bürger unseres Staates leiten lassen.“

Eingewiesen wurden Mädchen und Frauen im Alter zwischen zwölf und 72 Jahren (für Männer existierte eine ähnliche Einrichtung nicht). Sie wurden wegen „Rumtreiberei“ von der Polizei aufgegriffen oder einfach denunziert. Auch Jugendwerkhöfe, Erziehungsheime und Eltern übergaben Kinder, mit denen sie nicht zurechtkamen.

Das Gebäude der geschlossenen Venerologischen Station war im Eingangsbereich und an den Fenstern einer Seite vergittert, Besuche untersagt. Die Patientinnen wurden vor 6 Uhr morgens geweckt und medizinisch untersucht. Sie waren zur „Arbeitstherapie“ verpflichtet und hatten Krankenzimmer und Krankenzimmer zu reinigen, wurden jedoch auch in anderen Bereichen der Poliklinik als Putzkräfte eingesetzt.

Die täglichen gynäkologischen Untersuchungen wurden unter Zwang vorgenommen, obwohl nur ein Drittel der Insassinnen tatsächlich geschlechtskrank war. Bei der Entnahme des Abstrichs kam es häufig zu Verletzungen, bei Erstabstrichen auch zur Entjungferung. Abwehr der Maßnahmen wurde vielfach durch die Stubenältesten, selbst Patientinnen, unterbunden. War der Abstrich zunächst

negativ, wurden Fieber auslösende Mittel gespritzt, um eine mögliche Infektion anzuregen und Gonokokken nachweisbar zu machen. Die Mittel erzeugten hohes Fieber und Körperkrämpfe. Die ehemaligen Patientinnen leiden bis heute an den Spätfolgen des Aufenthalts in der geschlossenen Venerologischen Station, wie z.B. Angst vor Ärzten und besonders vor gynäkologischen Untersuchungen sowie Schlafstörungen, sexuelle Unlust, Inkontinenz, Beziehungslosigkeit und Kinderlosigkeit.

Auch die Organisation des Unterdrückungssystems ging auf die erwähnte Hausordnung zurück. Bei Nichteinhaltung der Anweisungen des Personals konnten Strafen wie Schlafentzug, 24 Stunden Isolation, Nachtruhe auf einem Hocker und die sogenannte Abstrichsperre verhängt werden. Wer gesperrt war, mußte entsprechend länger auf der Station bleiben. Die Mißhandlungen wurden vom medizinisch-pflegerischen Personal durchgeführt und, häufig in Eigeninitiative, von den Stubenältesten unterstützt. Bereits 1962 wurde ein Vorfall durch die Staatsanwaltschaft untersucht, ein weiterer Ende der 1970er Jahre führte zur Absetzung des Leiters der Station und letztlich zu ihrer Schließung 1982.

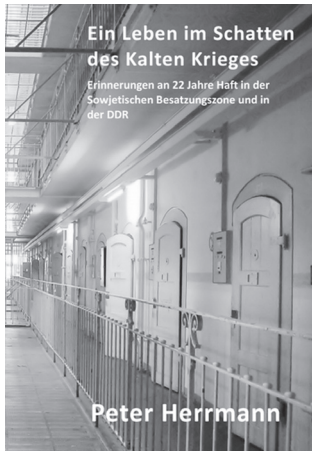
Das überaus gründlich recherchierte Buch basiert auf zahlreichen Dokumenten sowie Interviews mit medizinischem Personal, ehemaligen Patientinnen und anderen Zeitzeugen. Der Verdacht, daß die Verhältnisse in der geschlossenen Venerologischen Station in Halle kein Einzelfall waren, wurde durch weiterführende Forschungen inzwischen bestätigt. Ende 2015 legten die Autoren das Folgebuch „Traumatisierung durch politisierte Medizin“ vor.



Florian Steger, Maximilian Schochow: *Disziplinierung durch Medizin. Die geschlossene Venerologische Station in der Poliklinik Mitte in Halle (Saale) 1961 bis 1982, Studienreihe der Landesbeauftragten von Sachsen-Anhalt, Mitteldeutscher Verlag 2014, 184 S., 12,95 €*

Im Schatten des Kalten Krieges

Der Autor, Peter Herrmann, ist im Jahre 1958 vom Bezirksgericht Gera als einer der Hauptangeklagten des „Eisenberger Kreises“ zu einer Haftstrafe von 14 Jahren verurteilt worden, wovon er sechsein-



.....
 Peter Herrmann: *Ein Leben im Schatten des Kalten Krieges. Erinnerungen an 22 Jahre Haft in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR*, Verlag Frank Wünsche, Berlin 2016, 176 S., 14,00 €

halb Jahre verbüßt hat. Er schreibt über das Schicksal eines Haftkameraden, den er 1960 in der Strafvollzugsanstalt Brandenburg-Görden kennengelernt hatte. Dieser Mann, der im Buch Richardt K. heißt, möchte nicht mit seinem echten Namen genannt werden. Das Buch beruht auf Tonbandinterviews, die der Autor in den Jahren 2000 bis 2007 mit ihm geführt hat.

Zum Kriegsende war Richardt K. knappe 16 Jahre alt. Er verdiente danach sein Brot als Waldarbeiter. Bei dieser Arbeit fand sein Freund und Arbeitskollege einen defekten Karabiner, einen K98, und es gelang den Jungen, die Waffe wieder funktionsfähig zu machen und zum Wildern zu benutzen. Das führte dazu, daß beide Jugendliche im April 1946 vom Sowjetischen Militärgericht in Cottbus zu zehn Jahren „Jugendarbeitslager“ verurteilt wurden. Fünf Jahre verbrachte er dann im sowjetischen Speziallager Bautzen, wo viele starben.

Nach seiner Haftentlassung im Januar 1950 hielt ihn nichts mehr in der DDR. Er ging nach Westberlin und geriet in eine Clique, die u.a. Flugblätter in Hausfluren in Ostberlin und in S- und U-Bahn verteilte und die von Stasispitzeln durchsetzt war. So ließ sich Richardt K. in den Osten locken und war bald wieder hinter Schloß und Riegel. In einem groß aufgezogenen Prozeß mit Hilde Benjamin als Richterin

und Ernst Melsheimer als Staatsanwalt wurde er zusammen mit mehr als einem Dutzend Mitangeklagten verurteilt und erhielt 15 Jahre nach Artikel 6 der Verfassung (wegen „Boykotthetze“).

Im Juli 1964 wird er aus Brandenburg auf Bewährung entlassen – und ein Jahr später wieder verhaftet. Zusammen mit einem Freund war er in Potsdam an der Grenze entlang gegangen, um eventuell einen Fluchtweg nach Westberlin zu erkunden. Vielleicht hat der Freund einem Dritten etwas erzählt? Jedenfalls gab es für Richardt K. ein drittes Urteil wegen Fluchtvorbereitung: zwei Jahre. Dazu kamen drei Jahre, die zur Bewährung ausgesetzt waren. Im März 1970 wurde er wieder in die DDR entlassen. Im August 1971 erreichte er über Rechtsanwalt Vogel endlich die legale Ausreise in die Bundesrepublik.

Man könnte meinen, daß ein Mensch mit dieser Biographie im freien Teil Deutschlands und in dem später wiedervereinigten Land Verständnis, Mitgefühl und ein gewisses Maß an Achtung für das erlittene Unrecht erfahren sollte. Hingegen ist Richardt K. wiederholt auf Unverständnis und Argwohn gestoßen. 22 Jahre? Da müßte er ja wohl zumindest ein Gewaltverbrechen verübt haben. Otto Normalbürger kann und will einfach nicht zur Kenntnis nehmen, wie großzügig in der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR langjährige Haftstrafen verhängt worden sind.

Deshalb hat sich Richardt K. in eine Gegend zurückgezogen, wo ihn niemand kennt. Dort lebt er noch heute, und konsequenterweise möchte er auch in dem Buch nicht beim Namen genannt werden. Um so mehr ist dem Autor und dem Verlag zu danken dafür, daß sie sich seiner Geschichte angenommen zu haben.

Heinz Steudel

Bulgarien unter dem Kommunismus

(VT) Am 9. September 1944 stürzte die Kommunistische Partei Bulgariens die demokratische Regierung Konstantin Muravievs durch einen Militärputsch. Dies geschah, nachdem die Rote Armee schon mit der Okkupation des Landes begonnen hatte.

Vier Tage zuvor, am 5. September 1944, hatte die Sowjetunion, ohne provoziert worden zu sein, Bulgarien den Krieg er-

klärt. Bis dahin waren die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten ohne Probleme, und kein einziger bulgarischer Soldat stand an der Ostfront. Am 8. September drang die sowjetische Armee in Bulgarien ein, wo gerade eine neue Regierung mit Vertretern bürgerlicher Parteien gebildet worden war – eine Regierung, die Neutralität und eine Generalamnestie für politische Gefangene verkündete und sich aktiv um einen Frie-

Veranstaltungen

politischer Häftling in Hoheneck; Begleitveranstaltung d. Süddeutschen Freundeskreises Hoheneckerinnen u.a. zur Ausstellung „Der Dunkle Ort – Das Frauengefängnis Hoheneck“; Ort: Gemeindezentrum der Evangelischen Friedenskirche, Paul-Heim-Saal, Schubartstr. 14, 70190 Stuttgart

22.11. (Di), 9.00 – 19.00 Uhr:

9. Hohenschönhausen-Forum „Der Haß auf den Westen – Kommunismus, Nationalsozialismus, Islamismus“; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen; Ort: Gedenkstätte, Genslerstr. 66, 13055 Berlin; nähere Informationen auf www.stiftung-hsh.de

23.11. (Mi), 19.00 Uhr:

Ideologie und Justiz: Die Babelberger Konferenz, Kurzvorträge v. Prof. Dr. Hubert Rottleuthner, Rechtssoziologe, Frankfurt/M., u. Prof. Dr. Wolfgang Behlert, Rechtswissenschaftler, Jena, Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Wolfgang Behlert, Dr. Marcus Howe, Rechtshistoriker u. Richter am Sozialgericht, Berlin, Prof. Dr. Hubert Rottleuthner, Dr. Falco Werkentin, Soziologe, Berlin, Mod. Hans-Hermann Lochen, Ministerialrat im BMJ a.D, Berlin; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. in der Reihe „Mythen und Legenden des Kommunismus“; Ort: Berliner Rathaus, Wappensaal, Rathausstraße, Berlin-Mitte

25.11. (Fr), 19.00 Uhr:

„Warte nicht auf bessere Zeiten“, Konzert mit Wolf Biermann in der Prenzlauer St. Nikolaikirche 40 Jahre nach seinem heimlichen Konzert in Prenzlau und nach seiner Ausbürgerung aus der DDR kehrt Wolf Biermann zurück; Veranstaltung d. LAKD u.a.; Ort: St. Nikolaikirche, St. Nikolai-Kirchplatz 2, 17291 Prenzlau; Vorverkauf: Dominikanerkloster Prenzlau, Besucherservice, Uckerwiek 813, Prenzlau, Stadtinformation Prenzlau, Marktberg 2, Prenzlau, Buchhaus Schulz, Friedrichstr. 19, Prenzlau, MauerBuch, Buchladen in der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, Besucherzentrum, 13355 Berlin

29.11. (Di), 18.00 Uhr:

„Wolfskinder. A Post-War Story“, Claudia Heineremann, Niederlande, referiert multimedial; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

30.11. (Mi), 18.00 Uhr:

„Kaputt“ – Inhaftierung im Frauengefängnis Hoheneck, Animadokfilm über zwei ehemalige politische Häftlinge, Vortrag v. Sebastian Lindner, Historiker, Gesprächsrunde mit einer Zeitzeugin, dem Filmemacher Alexander Lahl



u. dem Referenten; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden; Ort: Gedenkstätte, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

5.12. (Mo), 18.00 Uhr:

Die Oderstadt als Drehscheibe für Hunderttausende – Heimkehrer, Kriegsgefangene, Zivilinternierte und die besondere Rolle von Frankfurt/Oder 1945-1956; Veranstaltung d. LAKD u.a.; Ort: Senatssaal d. Europa-Universität Viadrina, Große Scharrnstr. 59, Frankfurt/Oder, Hauptgebäude, Raum HG 109

7.12. (Mi), 19.00 Uhr:

Der Kommunismus – was bleibt von seiner Ideologie und Politik? Diskussion mit György Dalos, Historiker u. Schriftsteller, Berlin, Prof. Dr. Peter Steinbach, Historiker, Berlin, Prof. Dr. Michael Stürmer, Historiker, Berlin, Moderation v. Dr. Jörg Morré, Historiker, Direktor des Deutsch-Russischen Museums; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Deutsch-Russisches Museum, Zwieseler Str. 4, Berlin-Karlshorst

8.12. (Do), 18.00 Uhr:

„Die Stasi in Stuttgart“. Vortrag und Gespräch mit Roland Jahn, BStU; Begleitveranstaltung d. Süddeutschen Freundeskreises Hoheneckerinnen u.a. zur Ausstellung „Der Dunkle Ort – Das Frauengefängnis Hoheneck“; Ort: Gemeindezentrum der Evangelischen Friedenskirche, Paul-Heim-Saal, Schubartstr. 14, 70190 Stuttgart

12.12. (Mo), 18.00 Uhr:

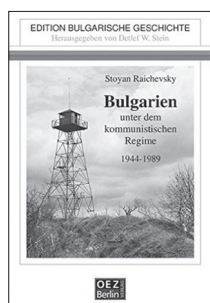
Zwischen Kulturen und politischen Systemen. **Deutsche Minderheiten im östlichen Europa unter den Bedingungen von Diktatur und Demokratie;** Podiumsdiskussion d. Beauftragten d. Bundesregierung f. Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten u.a.; Ort: Botschaft der Republik Ungarn, Unter den Linden 76, 19117 Berlin

13.12. (Di), 18.00 Uhr:

„Lieben Sie das Leben!“ Ein literarisches Portrait des Dichters Boris Pasternak, Lesung mit Blanche Kommerell, SchauspielerIn, Autorin u. Dozentin, im Anschluß Beisammensein mit Punsch und Gebäck; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolai-kirchplatz 5–7, 10178 Berlin

14.12. (Mi), 14.00 Uhr:

Veranstaltung des BSV-Landesverbandes Berlin und des BSV-Fördervereins zu einem politisch-historischen Thema mit anschließender Gesprächsrunde in vorweihnachtlichem Rahmen; Ort: Stasi-Museum, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Raum 710; um telefonische Voranmeldung wird gebeten: Tel. (030) 55 49 63 34



Stoyan Raichevsky: *Bulgarien unter dem kommunistischen Regime 1944-1989*, OEZ Berlin Verlag, Berlin 2016, 594 S., 34,90 €;

Lesern des *Stacheldrahts* werden bei Bestellung ab Verlag bis Ende März 2017, zuzügl. Portopauschale, 20 Prozent Rabatt gewährt: OEZ Berlin Verlag, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16

densvertrag mit den USA und Großbritannien bemühte. Die neue, von den Kommunisten dominierte Regierung begann ihre Machtausübung mit totalem Terror. Schon in den ersten Tagen und Wochen wurden ohne „Formalitäten“ wie Anklage und Gerichtsurteil an die 30 000 Menschen von sogenannten Troikas (aus drei Personen bestehende Hinrichtungskommandos), die sich aus Aktivisten der Kommunistischen Partei Bulgariens und amnestierten Kriminellen zusammensetzten, ermordet.

Ab 1945 begann in Bulgarien eine starke illegale und bewaffnete Widerstandsbewegung gegen das kommunistische Regime, „Goriani“ genannt, die bis zum Ende der 1950er Jahre andauerte.

25 Jahre nach dem Sturz des kommunistischen Regimes gibt es im heutigen Bulgarien den Versuch einer Wiederbelebung der Mythen und Leitbilder der kommunistischen Vergangenheit. Es geht dabei nicht um Amnestie, sondern um eine bewusste Kampagne für die Restauration dieser Vergangenheit. Die Geschichte des Kommunismus in dem Balkanstaat ist in Westeuropa nahezu unbekannt, deshalb werden in diesem Buch die Ursprünge, Aufgaben und Ziele des damaligen bulgarischen Gesellschaftssystems analysiert und aktuelle Fragen zu dessen Erbe angesprochen.

Messestand

Am 19. und 20. November 2016 findet in Berlin die noch junge Buchmesse BuchBerlin statt. Dort werden an einem Stand auch die Bücher des OEZ Berlin Verlages zur SBZ-/DDR-Geschichte und des Anthea-Verlages präsentiert. Messeort: Estrel, Congress & Messe Center, Sonnenallee 225, 12057 Berlin. Nähere Informationen auf www.oezb-Verlag.de und www.anthea-Verlag.de

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im November und Dezember Geburtstag haben

Sonja Cantow, Rudolf Novotny am 1. November, Hans Schramm am 2. November, Helga Kiwitt am 4. November, Graziano Bertussin am 7. November, Elli Wargowski am 11. November, Elisabeth Wollin am 17. November, Fritz Esenwein, Renate Heinrich am 18. November, Karl-Heinz Chilla am 20. November, Günter Baasch, Ingeborg Hoppe am 21. November, Günter Marciniak am 22. November, Joachim Schubert am 23. November, Inge Komoll am 26. November, Gerd Gebert am 27. November, Stefanie Brown am 28. November, Kurt Große am 1. Dezember, Wolfgang Heitmann am 5. Dezember, Horst Popper am 7. Dezember, Willi Ulich am 8. Dezember, Dr. Kurt Hauschild am 14. Dezember, Heinrich Kalmer am 15. Dezember, Günther Triebisch am 16. Dezember, Erna Kalauch am 17. Dezember, Rainer Schmiedel am 18. Dezember, Ingeborg Dudlitz, Klaus-Jürgen Hager, Heinz Nietsch am 20. Dezember, Werner Heupel am 21. Dezember, Ilse Dittmer am 23. Dezember, Claudia Braath, Elke Daßau, Christiane Nickel am 25. Dezem-



UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail baumgart@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr
Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

ber, Rudolf Pahl am 27. Dezember, Irmgard Rautenberg am 29. Dezember, Fritz Stahlberg am 30. Dezember

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Dr. Gerd Dehnert, Klaus Fischer, Gerhard Gärtner, Wolfgang Heilmann, Dr. Gerda Hirth, Wolfgang Hirth, Fritz Rudolf Könitz, Barbara Lampe, Ilse Laskowski, Johannes Sigmund Lindner, Leo Lüpckemeier, Maria Mannack, Günter Müller-Hellwig, Eike Christine Radewahn, Marieliese Radtke, Rocco Schettler, Siegbert Schmolke, Udo Schulz, Günter Sickora, Dieter Starke, Roland Steinbach, Roland Ullmann, Van Tich Tran u. Thi Thuc Nguyen, Reiner Wetzig, Gisela Wollscheid

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DE DB110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Die Geschichte ist eine Erfindung
und sogar eine ständige Neuerfindung
der Wahrheit.

Jorge Semprun

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)


Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG  **AUFARBEITUNG** Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinntstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 9. Oktober 2016

